

Was der Krieg bringt.

29000 Tonnen.

Der deutsche Admiralstab gibt bekannt:

An der portugiesischen Küste und vor der Straße von Gibraltar haben unsere U-Boote neuerdings 13 feindliche Transporter und Handelsfahrzeuge mit einem Gesamtumfang von rund 29000 Bruttoregistertonnen vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Polar Prince“ (3611 Tonnen) mit 5601 Tonnen Kohlen für Italien und „Gumbelton“ (5377 Tonnen) mit Kohlen für Italien und „Arendal“ (1387 Tonnen) mit Chemikalien für Frankreich, der bewaffnete italienische Dampfer „Goffredo Mameli“ (4124 Tonnen) mit 6000 Tonnen Erz nach England, der mit zwei 10-Zentimeter-Geschützen bewaffnete amerikanische Landdampfer „Platuria“ (3445 Tonnen), ferner ein durch Hochseeschlepper geschlepptes Fahrzeug mit nach Mesopotamien bestimmten Eisemaschinen und Kühlanlagen.

Die Schlacht in Flandern.

Der Heeresbericht meldete gestern, daß in Flandern die Schlacht von neuem entbrannt ist. In der etwas ausführlicheren den Heeresbericht ergänzenden halbtäglichen Darstellung wird darüber folgende Schilderung gegeben:

Am 3. Oktober gelang es uns, trotz härtester feindlicher Gegenwirkung unsere vorberste Linie an der Straße Menin-Ypern vorzudrücken. Die Engländer setzten den Tag über ihre planmäßigen Truppenüberfälle auf unsere Stellungsbogen um Ypern fort, die sich gegen Abend zwischen Poelcapelle und Panzowde wiederholte zu härtesten Feuerorkan steigerten. Besonders planmäßiger Reichsmaß richtete sich gegen Zandvoort. Auch während der Nacht hielt vom Westrande des Southwester Waldes bis zur End, besonders östlich Ypern, härtestes Feuer an, das am 4. Oktober 5 Uhr 45 Min. vormittags auf der ganzen Front von Kangelare bis zum Kanal von Hallebeke schlagartig in wilden Feuerwirbel überging und ununterbrochen in größter Stärke andauerte. Hier erfolgte am frühen Morgen der erwartete neue feindliche Großangriff gegen den Ypernbogen. Die Flandernschlacht ist wieder in vollem Gange.

Auch südlich des Kanals von Hallebeke bis zur Deule steigerte sich die Heeresfront. Sei lebhafterem Feuer an der Arrasfront wurden nördlich von Arras und südlich von Arras feindliche Panzerlinien unter ständigen Verlusten für den Feind abgewiesen. Südwestlich von Arras in Richtung St. Quentin verdrängte in der Nacht neue Truppen.

In der Richtung von Arras richtete sich gegen Abend das Feuer an der Stellung-Gebirge und in Richtung Straße zu zeitweiser großer Heftigkeit. In Richtung Straße wurden unter ständigen Verlusten die zum großen feindlichen Graben vorgebrungen waren, mit Gefangenen zurück. Auch südlich von Arras besetzten wir Stellung.

Westlich der Maas blieb nach den abgeschlagenen zahlreichen feindlichen Gegenangriffen das feindliche Feuer lebhaft und steigerte sich von 8 Uhr 30 Min. abwärts an zu größerer Stärke. Gegen unsere Stellung wurden starke Angriffe des Gegners in festgelegten Stellen gegen unsere dortigen Stützpunkte unternommen. Sie wurden im Ypern- und Westwälder Gebirge mit schwerer Verlusten abgewiesen. In einer Stelle westlich von Ypern gelang es dem Feinde, in feindlichen Gegenangriffen zu gelangen. Die Stellung ist wieder in unsere Hände. Die Zahl der Gefangenen, die in unserer Hand blieben, hat sich auf 170 erhöht. Die Verluste des Feindes sind außerordentlich hoch.

Zwischen Maas und West blieb nachmittags auf unsere Stellung westlich von Ypern lebhaftes feindliches Feuer an, das jedoch gegen Mittag wieder abflaute.

In der Richtung von Arras bis die deutsche Heeresfront im großen Bereich fortsetzt.

Auf dem Scheldegebiet in Flandern sind die Engländer auch bei den letzten Gefangenen nur etwa ein Kilometer tief in unsere Stützpunkte vorgedrungen und Geschütz eingeschlagen. Schwere Verluste erlitten wir nach heftigen von Ypern aus und südlich von Ypern.

In den anderen Fronten ist nichts Besonderes geschehen.

Die Kämpfe in Mesopotamien.

Englischer Bericht aus Mesopotamien vom 1. Oktober: Wir greifen eine neue feindliche Stellung bei Ra-Ischid, 4 Meilen südlich von Ramadie, am Freitag an. Nach der Besetzung des Ra-Ischid von Ra-Ischid griffen wir die Hauptstellungen in der Gegend von Ramadie an. Südlich der am Freitag besetzten Ra-Ischid wurde in einem neuen Lager westlich am Ra-Ischid. Nach einem heftigen Kampf, der den ganzen Tag dauerte, wurden die Hauptstellungen rings um Ramadie durch uns erobert und öffentlich eingenommen. 2 Meilen von Ra-Ischid südlich die Kanäle der Transporter zu Ramadie, nach und nach in den Händen der Engländer in der Stadt unterworfen. In der Nacht verließen die Feinde einen Hügel nach Ypern, aber die Kanäle mit ihm erliegen. Bei Tagesanbruch wurde der Hügel wieder eingenommen. Am Samstag um 9 Uhr vormittags ergab sich der Feind überall. Wir eroberten Geschütz, Munition, viel Kriegsgerät und machten mehrere hundert Gefangene, darunter 2000 Mann mit einem Pferd. Der Feind machte vollständigen Rückzug. Nach der ganzen Besetzung von Ramadie sind in unser Hand. Letzte Truppen legen große Lager für Verwundete und Verwundete unter den ägyptischen Beduinen an der Tag. Eine neue Stellung auf Ra-Ischid gegenüber Ramadie wurde eingenommen. Es kam zu einem heftigen Gefechte, in dem wir dem Feinde schwere Verluste zufügten. Vier Mann gefangen wurden und 30 Kanäle eroberten.

Wegen der großen Ausdehnung des Gebietes, auf dem der Kampf bei Ramadie herrschte, ist es gerade nicht möglich, eine vollständige halbtägliche Darstellung zu geben. Es haben mehrere 100 Gefangene und 1000 Pferde erbeutet worden. Eine 2000 Mann starke Truppe hat gefangen gemacht und ungefähr 500 Mann und 2000 Pferde erbeutet. Mehrere 200 Offiziere sind in unsere Hand gefallen.

Die Meldung ist nach amtlichen türkischen Berichten stark übertrieben, indessen ist es richtig, daß der Ort Ramadie in die Hand der Engländer gefallen ist.

Der demokratische Wille.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur teilte der Vorsitzende der demokratischen Konferenz mit, daß das durch Vertreter der verschiedenen Parteien verstärkte Bureau die gestellte Aufgabe verwirklicht habe, eine Höchstmenge von Stimmen zu vereinigen, um die Einheit des demokratischen Willens zum Ausdruck zu bringen. Der stellvertretende Bericht darüber, in dem die gemeinsamen Grundsätze ausgearbeitet sind, welche von der großen Mehrheit der Konferenz angenommen werden können. Er schlug im Namen des Bureaus folgende Entschlüsse vor:

Es ist unumgänglich notwendig, eine starke revolutionäre Regierungsgewalt zu schaffen, die das Programm der Moskauer Konferenz vom 27. August befolgt, und eine aktive Politik zur Verwirklichung des allgemeinen Friedens zu verfolgen. Ferner vor der Zusammenberufung der verfassunggebenden Versammlung die Verantwortlichkeit der Regierung vor einem den Willen des Volkes widerspiegelnden repräsentativen Organ zu verwirklichen. Außerdem aus der Mitte der demokratischen Konferenz heraus ein ständiges Organ zu schaffen, das an der Bildung der Regierungsgewalt auf den erwähnten Grundlagen mitzuarbeiten hat. Wenn die bürgerlichen Elemente in die Regierung eintreten, ist es unumgänglich nötig, das repräsentative Organ durch bürgerliche Vertreter zu vervollständigen, die sich notwendigerweise in der Minderheit befinden. Die Regierung wird dem oben erwähnten Organ gegenüber verantwortlich sein. Die Konferenz beauftragt das Bureau, fünf Mitglieder zur untergeordneten Verwirklichung der Bildung der Regierungsgewalt auf den angegebenen Grundlagen zu ernennen.

Auf den Vorschlag des Vorsitzenden beschloß die Versammlung einstimmig, die Debatte nicht wieder zu eröffnen. Die Konferenz nahm die erwähnte Entschlüsse mit 829 gegen 106 Stimmen an.

Im Kerenkts Macht.

Die Hauptfrage auf der großen demokratischen Konferenz, die praktisch entschieden werden muß, ist die Stellung der revolutionären Demokratie Russlands zu Kerenki. Von den Volkswirten wird er mit leidenschaftlichem Eifer angegriffen und ihm hauptsächlich der Vorwurf gemacht, unpragmatisch am Putjke Kornilow beteiligt gewesen zu sein. Selbst auf Angaben des „Kjetj“ und „Ulra Koff“ behaupten sie, daß zwischen Filonow und Sawinow, Kerenki und Kornilow ein geheimes Abkommen geschlossen worden sei, das von Filonow entworfen aus vier Hauptpunkten bestand: Einführung der Todesstrafe im Hinterland, Militarisierung der Eisenbahn, Militarisierung der Rüstungsindustrie und Wiederherstellung der Disziplinargewalt der Offiziere über die Soldaten. Da man voraussetzt, daß die Petersburger Arbeiter sich leidenschaftlich gegen diese Rückkehr zur Zwangsherrschaft wehren würden, habe man die revolutionären Elemente aus Kerenburg entfernt und Kavallerietruppen in der Nähe angeordnet. Zugleich habe man das Gerücht verbreitet, daß die Volkswirten einen Gewaltstreik planen, und durch Zeitungsberichte und andre Gewaltmaßregeln die Arbeiter zu provozieren gesucht.

Der schließlich durch zwischen Kornilow und Kerenki sei bestehende Art gewesen. Wenn heute plötzlich verlangt, daß nicht die genannten vier Punkte von der Regierungsdirektion bilden sollten, sondern daß Kornilow eine reine Militärdiktatur erhalte. Kerenki sei bereit gewesen, die Revolution zu enthaupen, habe aber nicht an sich selber ein Sakrileg vollziehen wollen. So mußte er den Kampf mit Kornilow aufnehmen, und sich zu diesem Zwecke wieder auf die Reihen der Arbeiter und Soldaten stützen.

Langsam die Volkswirten behaupten, daß Kerenkis Verteidigung gegen diese Vorwürfe auf der demokratischen Konferenz in jeder Beziehung gänzlich unzureichend sei, hält die „Anstalts-Brand“ es doch für wahrscheinlich, daß er sich konsequent an der Macht behauptet. Die sozialistischen Parteien sind unter sich vollkommen einig geworden, die Kampfbanner und die Sozialisten-Revolutionäre seien in je drei Gruppen untereinander geschlossen: in allen Parteilagern herrsche die größte Einigkeit. Die Volkswirten sammeln sich zusehends immer mehr alle revolutionären Kräfte um sich, man aber noch nicht stark genug, allein die Macht zu übernehmen. Danach sei eine entscheidende Lösung der Krise unumgänglich, und ein überaus großer Verlauf der Ereignisse zu erwarten.

Wie die neue Nummer der „Anstalts-Brand“ mitteilt, verweigern die Volkswirten trotz aller Verbote und Unterdrückungsmaßnahmen gegenständig in Russland über 17 bolschewistische Tagesblätter. Ihr Petersburger Organ hat schon mehrfach den Namen wechseln müssen, und heißt jetzt „Kobolting Putj“ (Der Weg der Arbeiter). Wenn und Zinowjew außerdem ständig an ihm mitteilt, wenn, daß, die niemals seit ihrer Gründung nach Russland zurückgekehrt hätten.

Petroleum.

Das unter Petroleum-Zukunftswort der „Internationale Petrochemie“ geschrieben: Die deutsche Kriegswirtschaft hat auf dem Gebiet der Petroleumverteilung rein sachlich und tech-

nisch einen besondern Erfolg gehabt, der dadurch zustande kam, daß die Regierung von vornherein sofort mit einer strengen Rationierung durchgegriffen hat und sie mit Hilfe der längst bestehenden privatwirtschaftlichen Verteilungsorganisationen der deutschen Petroleumgesellschaften durchführen konnte. Die Verteilung der zugänglichen Petroleumbestände und Petroleumzufuhren wurde, wie bekannt, auf Grund des früheren Verbrauchs, der sich an der Hand der Unterlagen der Petroleumgesellschaften genau feststellen ließ, nach bestimmten Grundsätzen eingeschränkt und die Verteilung durch die

neu geschaffene Petroleum-Zentrale

geleitet und bis in den kleinsten Ort durchgeführt. Das Zusammenarbeiten der Regierung mit der Petroleum-Zentrale bzw. den Petroleumgesellschaften war von Anfang an ausgezeichnet, und es ist niemals in dieser Angelegenheit zu ernstlichen Differenzen gekommen. Die Samterei und der Schleichhandel wie andre üble Erscheinungen in der Organisation des Warenbetriebs konnten sich hier auch nicht einstellen, da jedes kleinste Quantum Petroleum schon an der Produktionsstätte unter die staatliche Kontrolle kam. Es gab zwar keinen direkten Produktionszwang, aber er wurde indirekt dadurch bedingt, daß die Produktion von Heiz- und Schmieröl für Meer und Flotte und für die Kriegsindustrie auf das strengste organisiert wurde. Mit der Produktion dieser Öle aber wurde ganz automatisch zugleich Leuchtöl produziert.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse in sachlicher Hinsicht nicht unwesentlich verändert. Die Rohölproduktion bietet zwar nach der Befreiung der galizischen Quellen und den erfreulichen Fortschritten, die in der Wiederbelebung der rumänischen Rohölgewinnung gemacht wurden, kein erfreuliches Bild. Aber bei der Verarbeitung des Rohöls, die ziemlich beliebig — worauf man das allgemeine Publikum aufmerksam machen muß — auf sehr verschiedene Mengen von Produkten eingestellt werden kann, von denen Benzol, Schwebelbenzin, Terpentinöl, Leuchtöl, Treiböl, Heizöl und Schmieröl die wichtigsten sind, muß auf den steigenden Bedarf der Kriegswirtschaft an Benzol, Treiböl, Heizöl und Schmieröl Rücksicht genommen werden, so daß

verhältnismäßig wenig Leuchtöl

erzielt werden kann. Es genügt, auf die Durchführung des verstärkten U-Boot-Kriegs hinzuweisen, auf die dadurch außerordentlich gestiegene Verwendung von Heiz- und Schmierölen bei der Marine, auf die wachsende Zahl von Flugzeugen, von deren Dasein wir in den Heeresberichten lesen und deren Motoren mit Benzin getrieben werden, schließlich auf die wachsende Verwendung von Automobilen und von technischen Ölen in den Kriegsbetrieben.

Hier hat besonders auch seit dem bekannten Hindenburg-Programm die deutsche Kriegsindustrie bis dahin ganz ungehörnte Anforderungen an die Ölproduktion gestellt. Auf der andern Seite haben sich Erleuchtungsmitel wesentlich vermindert. Es gibt keine nennenswerten Mengen von Spiritus für Beleuchtungszwecke, ebensowenig Acetylen, und infolge des steigenden Kohlenmangels ist auch der Verbrauch von Gas und Elektrizität, wie bekannt, auf das umfassendste eingeschränkt worden.

Durch die so gewaltig gestiegene Verwendung von Treibölen ist die Produktion von Leuchtöl erheblich zurückgegangen. Es kann kein Streit darüber bestehen, daß hier eine Kriegsnotwendigkeit vorliegt; denn es ist zunächst wichtiger, daß Flugzeuge und U-Boote, sowie die Kriegsindustrie Treib- und Schmieröle in den notwendigen Mengen zur Verfügung haben, als daß wir uns im Innern unbeschränkt mit Leuchtöl versorgen können. Es kommt hinzu, daß die Zufuhren aus Oesterreich für die nächste Zeit geringer werden. Die österreichische Presse hat dafür die Ziffern geben können. Danach steht das neue Ueberkommen über die Mineralöllieferung nach Deutschland fest, daß die Ausfuhr von Petroleum auf 340 Waggons pro Monat herabgesetzt wird. In der Schmieröl- und Paraffinquantität steht der neue Vertrag keine Veränderung der gegenwärtigen Ziffern fest.

Aus diesen Gegenständen hat sich nun gerade für diesen Herbst und Winter die Notwendigkeit ergeben, in Deutschland den

Petroleumverbrauch einzuschränken.

Das Handelspetroleum, das heißt diejenigen Mengen von Petroleum, die dem Handel zur Verfügung gestellt werden, wird erheblich eingeschränkt werden müssen. Dagegen kann das sogenannte Ausgleichspetroleum in der gleichen absoluten Menge wie im Vorjahr zur Verfügung gestellt werden. Dieses Ausgleichspetroleum wird bekanntlich in den Landeszentralbehörden für besonders dringliche Bedürfnisse der Landwirtschaft und der Heimarbeit sowie für unvorhergesehene Zwecke zur Verfügung gestellt, und es ist in jedem Falle ersichtlich, daß gerade dies Ausgleichspetroleum in der gleichen absoluten Menge wie im Vorjahr erhalten bleiben konnte.

Die geringere Verteilung von Petroleum erklärt sich also nunmehr sachlich sehr einfach. Aber freilich ist durch diese Erklärung nichts an den Unzuträglichkeiten geändert, die durch den Mangel an Leuchtöl, besonders in den Familien ärmerer Bevölkerungsschichten, entstehen muß. Immerhin genügt die Erklärung, um zu erkennen, daß der Mangel an Petroleum nicht am guten oder bösen Willen der Behörden liegt, sondern an Kriegsnotwendigkeiten, die im Augenblick keiner ändern kann.

Wer bezahlt?

Den Reichstagsabgeordneten ist eine alldeutsche Flugchrift eingehändigt worden, die aber auch sonst im Volke verbreitet zu werden scheint. Sie ist, wie der „Vorwärts“ mitteilt, angefüllt mit Schreckensbildern von den Russengreueln in Ostpreußen, man sieht bildlich dargestellt Ermordete mit zerlöcherter Stirn, ausgestochenen Augen, abgehackten Händen usw. Wir haben es seit jeher als ein zweifelhafte Mittel angesehen, durch solche Illustrationen Haß gegen die Feinde zu erwecken, weil die gerechte Empörung über die Täter leicht in einen verallgemeinernden Wülfenhaß schlimmster Art umschlagen kann. Aber in diesem Falle haben die Alldeutschen diese Abbildungen nicht einmal gegen die Feinde Deutschlands gebraucht, sondern dieses Mittel ist ihnen recht, um Haß gegen die eignen Volksgenossen zu säen! Die Abbildungen der von den Kosaken Ermordeten sollen zur Sache gegen die Anhänger des Verständigungsfriedens dienen!

Jede einzelne Illustration trägt eine Unterschrift, wie: Herr Scheimann, M. d. R., gewidmet, Herr Erzberger, M. d. R., gewidmet, Herr Dittmann, M. d. R., gewidmet usw. Die ganze Broschüre nennt sich: „Den Herren Reichstagsabgeordneten, die einen deutschen Grenzschutz ablehnen, ins Stammbuch.“

Diese alldeutsche Schmähmethode richtet sich von selber. Denn der einsichtige Leser wird sich selber sagen, daß die Ueberschrift viel passender lauten müßte: „Den Herren Reichstagsabgeordneten, die durch einen Gewaltfrieden eine neue Revanchekriege heraufbeschwören wollen, ins Stammbuch.“

Für die Skrupellosigkeit, mit der die Schrift hegt, ein Beispiel: In der ersten Illustration geberdet sie sich philojemistisch: da wird das Bild eines von den Russen ermordeten Juden dargestellt, um an das jüdische Solidaritätsgefühl des Abg. Cohen zu appellieren. Auf der letzten Seite aber läßt der Verfasser die Maske fallen. Da lautet es:

Und im sicherheitsgewiegten Lande dürfen, seit Jahr und Tag, um Schaden und zur Schande Deutschlands — ungestraft — dunkelhaarige und feindselige, in Deutschland geborne Ausländer ihr Unwesen treiben (das bezieht sich wahrscheinlich auf die hunderttausend jüdischen Mitbürger, die im deutschen Heer ihre Pflicht erfüllen. Red. d. „Vorw.“) ... darf eine, vom deutschen Standpunkt aus betrachtet, schätzbare „Internationalisten“-Presse den Todfeinden Deutschlands geistige Waffen liefern ... dürfen sogenannte Volksvertreter alles, was wahren Deutschen heilig ist, durch Verleumdung und Verleumdung und durch Wort und Tat verraten!

Noch ein Punkt ist interessant: Die Schrift ist auf erstklassigem feinsten Illustrationspapier gedruckt, wie es heute im Handel kaum noch zu haben ist. Bei einem Umfang von nur acht Seiten dürfte jedes einzelne Exemplar der Schrift nach schmerzhaftem Urteil bei den heutigen Papier- und Druckpreisen mindestens 15 bis 20 Bfg. kosten. Gleichwohl wird die Schrift gratis verteilt. Wer bezahlt die Unkosten?

Ja, wer bezahlt überhaupt die Unkosten der alldeutschen Rärinnmacher. Die Frage ist oft gestellt, aber nie erschöpfend beantwortet worden. —

Wie man „durchhält“ ...

Vor dem Kölner Landgericht wurden nach achtstägiger Verhandlung in dem umfangreichen Prozeß Bremer wegen Mißschälzung, verbotswidrigen Handels mit Lebensmitteln, verbotswidrigen Schlächungen und Ueberschreitung der Höchstpreise das Urteil gefällt. Bei der Strafzumessung wurde hervorgehoben, daß die Angeklagten aus reiner Geizgier gehandelt hätten. Es wurden verurteilt Joseph Bremer jun. zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten und 31200 Mark Geldstrafe, Frau Bremer 1 Jahr Gefängnis, 24000 Mark Geldstrafe, Joseph Bremer sen. 8000 Mark Geldstrafe, Michael Bremer 4 Monate Gefängnis, 19500 Mark Geldstrafe und Paul Bremer zu 500 Mark Geldstrafe.

Die Anklage war der Familie kor, und durch die Zeugenvernehmung wurde erwiesen, daß sich die Bremer gegen nahezu alle landwirtschaftlichen Kriegsverordnungen vergangen haben. So verkauft sie ohne Marken und weit über den Höchstpreisen an Hotels, Kaufhäuser und Herrschaften in beträchtlichen Mengen Milch, Butter, Sahne, Käse, Fleisch aller Art, Mehl, Gerste, Erbsen, Haferstroh, Weizenroggen, Gerste, Marmelade, Karotten, Fajfböden, Saurekraut usw. Ein Herr Regierungsrat namens Simmes, der in großer Menge fast alle genannten Artikel von Bremer bezog, begibt Rechnungen von 700 bis 2000 Mark für seinen Haushalt. Die Regierungsrat erhielt nachts Sack Weizenmehl zum Preise von 5 Mark des Hund ins Haus geschafft. Er bezahlte für Eier 75 Bfg., für Kalbfleisch 450 Mark bis 650 Mark, Filetts 7 bis 9 Mark, Jungen 10 Mark das Hund. Lange Zeit bezogen unter anderem Regierungsrat Simmes, Major Mintelen, Kaufhausbesitzer Peters und andre Kunden täglich je 1/2 Liter Sahne und mehrere Liter Vollmilch von Bremer. Der Major ließ die Sahne, Butter usw. durch einen Gefreiten als „Sabne-Ordnung“ regelmäßig abholen. Eier wurden in Papier bis zu 500 Mark abgekauft. Auch Zucker ging gemessen ab.

Bei all diesen Vergehen ist zu beachten, daß es sich nicht etwa um einen entlegenen landwirtschaftlichen Bezirk, sondern um ein Gut auf dem Kölner Stadtgebiet handelt, das als Milchbetriebs gait. Die Molkerei Bremer war die Hauptlieferantin für die Säuglingsmilch der Stadt Köln. Sie lieferte täglich bis zu 4500 Liter Milch. Durch einen Polizeibeamten, der eine Angestellte in den Hofraum schickte, wurde beobachtet, daß Bremer jun. und mehrere Kanne von je 20 Liter Wasser in die Vorhöfe mit Vollmilch füllte. In einem Falle wurde fahrlässigerweise die Milch aus demselben Bodenwasser gewässert. Weiterhin wurde auf dem Bremerischen Gut nach den Zeugenaussagen wohl von allen Angehörigen

Sie fühlten sich sicher, weil sie glaubten, daß die selbst schwer belasteten Prinzipale nicht gegen sie vorgehen wagten.

Der Skandal kam dadurch ins Rollen, daß die Komorzistin Helene Worr Gewissenbedenken hatte, die Vergehen noch weiter ruhig mitanzusehen. Sie wandte sich an den Reichstagsabgeordneten Genossen Meerfeld, der das Material dem damaligen Oberbürgermeister Wallraf unterbreitete. So wucherte sich die Beweisaufnahme gestaltete, so sehr ist durch sie begangen, daß ohne die unmittelbare Mithilfe von Angestellten einem landwirtschaftlichen Betrieb selbst große Unregelmäßigkeiten nur schwer nachzuweisen sind. Gegen 100 Kölner Bürger, darunter bekannte Kölner Patrizierfamilien, die zu den verbotswidrigen Abnehmern Bremers gehören, schweben noch Strafverfahren. Auch ein Verfahren wegen Befischung von Polizeibeamten ist eingeleitet. Auffällig ist nämlich, daß mehrfache Anzeigen bei der Polizei nichts fruchteten. —

Der Kampf um das Zeitungspapier.

Im Verein deutscher Zeitungsverleger ist es wegen der Papierverjorgung zu einem Bruche zwischen den Berliner und den Provinzverlegern gekommen. Die Papierverjorgung der Zeitungen ist bekanntlich gänzlich ungenügend. Die Schuld daran trägt der Krieg, der Mangel an Kohle, an Arbeitskräften, an Transportgelegenheiten und an allerlei Rohmaterial. Jrgendeine Hoffnung auf Besserung während des Krieges scheint ebensowenig zu bestehen, wie irgendeine Schuld der Reichsstellen an der Papiernot nachgewiesen werden kann.

Gleichwohl haben „Berliner Tageblatt“ und „Berliner Lokal-Anzeiger“ die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe aufs heftigste angegriffen, und ihren Vorstehenden persönlich als unfähig bezeichnet. Der Verein deutscher Zeitungsverleger, der die bürgerliche Provinzpresse umfaßt, erklärt nun eine Ehrenerklärung für ihn, in der er darauf aufmerksam macht, daß die Kriegswirtschaftsstelle weder die Beschränkung des Papierverbrauchs anordnet, noch mit dem Zeitungspapierhandel etwas zu tun hat, sondern nur nach Möglichkeit dafür sorgt, daß die Produktion nicht gänzlich stockt, und daß alle Zeitungen wenigstens eine beschränkte Papiermenge erhalten.

In der Tat handelt es sich bei den großstädtischen Zeitungen nur um den Mangel darüber, daß sie — nach ihrer Meinung — vor der Provinzpresse nicht genügend hervorragt werden. Wenn auch die Bedeutung der großstädtischen Presse nicht verkannt werden darf, so scheinen ihre Ansprüche gegenwärtig doch eben unerfüllbar zu sein, ohne daß ein erheblicher Teil der Provinzpresse überhaupt kein Papier mehr bekommt. —

Vereinfachung der Verwaltung.

Dem Reichstagen des Abgeordnetenhauses ist ein Gesetzentwurf über Vereinfachung der Verwaltung zugegangen. Das Gesetz ermächtigt das Staatsministerium, während der Dauer des Krieges gesetzliche Maßnahmen anzuordnen, die sich hinsichtlich der Zusammenfassung, der Zuständigkeit und des Verfahrens der Behörden des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Erspargung von Arbeitskraft als notwendig erweisen. Die Maßnahmen sollen dem Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis gebracht werden; sie sind auf Verlangen eines der beiden Häuser wieder aufzukehen. Die Maßnahmen erstrecken sich besonders auf die Herabsetzung der Befähigungsziffer von Behörden und Körperschaften, auf eine Vereinfachung des förmlichen Verfahrens, auf eine Verminderung der Instanzen und Einschränkung der Staatsaufsicht.

Im einzelnen sei bemerkt, daß der Entwurf, der mit der hohen Anzahl der zu den Fahren einberufenen Beamten begründet wird, einmal durch eine verminderte Befähigung der Verwaltungsbediensteten Arbeit sparen will; ferner soll in Zukunft die Befähigung der Kreisräte, Stadtverordneten-Versammlungen, Magistrats- und Gemeinderäte bereits bei Anwesenheit von einem Drittel der Mitglieder vorhanden sein. Weiter soll die wahlweise Ansetzung polizeilicher Verfügungen durch Polizeibeamten oder Klagen befähigt und einzig und allein die Beschwerde als einziges Rechtsmittel zugelassen werden unter Beschränkung auf eine Instanz.

Endlich soll auch die Staatsaufsicht über Gemeinden und Gemeindeverbände nach einigen Änderungen eingeschränkt werden. So ist eine Milderung des Komunalabgabengesetzes dahin geplant, daß nur die jährlichen Ertrags der Genehmigung und Zustimmung bedürfen, die eine Erhöhung der Zuschläge zu einer oder mehreren Steuerarten gegen das Vorjahr erfordern haben. Wesentlich eingeschränkt wird schließlich die Befähigung von Beisitzern zu Vertretungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden betr. den Erlaß von Ortsstatuten, die Veräußerung von Grundstücken usw.

Das Gesetz soll spätestens 2 Jahre nach Beendigung des Krieges wieder außer Kraft treten. Es ist aber geplant, daß, wenn einzelne der erlassenen Bestimmungen sich als bewährt, daß ihre weitere Fortgeltung erwünscht erachtet, für ihre dauernde Einführung rechtzeitig die gesetzliche Zustimmung des Landtags nachgefordert werden soll. —

Notizen.

Reichstagsdispositionen. Die sozialdemokratischen Interpellationen über die gegen die Reichstagsmehrheit gerichtete Agitation im Heere, über behördliche Förderung der „Vaterlandspartei“ und über Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts werden am Sonnabend von der Reichsregierung beantwortet werden, so daß also auch die Rede des Reichstanzlers für Sonnabend zu erwarten ist. Die Interpellation über die alldeutsche Propaganda wird von dem Abgeordneten Genossen Landsberg begründet werden. Der Reichstag gebietet seine Arbeiten bis Mittwoch den 10. Oktober beenden zu können. —

Die deutschen Schiffe im Bern beschlagnahmt. Der „Lyoner Courrier“ meldet aus Bern, daß die in den Hafen Berns verankerten deutschen Schiffe beschlagnahmt wurden. Die deutschen Besatzungen, die ihre Fahrzeuge verlassen mußten, wurden durch bernische Korvetten erlegt. —

Der polnische Regentstabsrat nicht bekräftigt. Nach einem Bericht des Petrikauer „Dziennik Narodowy“ wurden die von der Uebergangskommission des Staatsrats vorgeschlagenen Kandidaten für den Regentstabsrat nicht bekräftigt. Es fanden deshalb nach zweierlei Richtungen hin Besprechungen statt. Vor allen Dingen handelte es sich um die grundsätzliche, vom Regentstabsrat abzugebende Erklärung, die die Ueberweisung der Politik der polnischen Regierung mit der Politik der Mittelmächte und die Einstellung der Passivität gegenüber Rußland betreffen soll.

Neuwahlen in Spanien. Die Pariser Agence Radio meldet aus Madrid, die spanische Regierung habe bekanntgegeben, daß die Cortes aufgelöst werden und Neuwahlen stattfinden sollen. Sollten diese Neuwahlen der Regierung die Mehrheit nicht sichern, würde Dato sein Amt niederlegen. Ferner ließ die Regierung wissen, daß die verfassungsmäßigen Rechte wahrscheinlich gegen Mitte dieses Monats wiederhergestellt sein werden. —

Die Aus Hungern der Neutralen. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: „Daily Telegraph“ berichtet aus New York, es bestände die Abicht, daß Amerika und England jede Warenzufuhr zu den nordeuropäischen Neutralen verbieten werden, solange nicht entschieden bewiesen ist, daß Deutschland keinen Nutzen daraus zieht. —

Ein Schlachttag von seltener Schwere

W. Z. B. Großes Hauptquartier, 5. Oktober 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Ein Schlachttag von seltener Schwere liegt hinter Führern und Truppen der 4. Armee; er wurde bestanden! Vom frühen Morgen bis in die Nacht währte das Ringen, das durch wiederholte englische Angriffe aus der Gegend nordwestlich von Langemarck bis südlich der Straße Menin—Ypern (15 Kilometer) immer von neuem entzündet wurde. Ununterbrochen wirkten die Artilleriemächte mit äußerster Leistung von Mann und Geschütz in das Gelände, auf dem sich die erbitterten, hin und her wogenden Kämpfe der Infanterie abspielten.

Brennpunkte der Schlacht waren Poelcapelle, die einzelnen Höhe 3 Kilometer westlich von Passchendaele, die Wegetreue östlich und südöstlich von Zonnebeke, die Waldhöhe westlich von Beelaere und das Dorf Gheluvelt; über diese Linie hinaus konnte der Feind zwar vorübergehend vordringen, doch sich an der Nacht anfrer Gegenangriffe nicht behaupten, obwohl er bis zum späten Abend dauernd frische Kräfte ins Feuer führte. Der Gewinn der Engländer beschränkt sich somit auf einen 1—1 1/2 Kilometer tiefen Streifen von Poelcapelle über die östlichen Ausläufer von Zonnebeke und längs der von dort nach Beelaere führenden Straße. Dieses Dorf ist ebenso wie das heilkumpfte Gheluvelt voll in unserm Besitz.

Die blutigen Verluste der englischen Divisionen — mindestens elf waren allein beim Frühangriff auf der Schlachtfeld eingelegt — werden übereinstimmend als sehr hoch gemeldet.

Das gute Zusammenwirken aller unserer Waffen brachte auch diesen gewaltigen Stoß der Engländer zum Zusammenbrechen vor dem Ziele, das diesmal nicht, wie behauptet werden wird, eng, sondern unzweifelhaft recht weit gesteckt war.

Das Heldentum der deutschen Truppen in Flandern wird durch nichts übertroffen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Ostufer der Maas führten die Franzosen abends einen neuen starken Angriff — den zwölften binnen 3 Tagen — am Nordhang der Höhe 344, östlich von Samogneux. Tagüber bereitete heftiges Feuer, vor dem Vorbrechen zum Trummelfeuer griffen, den Sturm der französischen Kräfte vor, die von den kampfbewährten Württembergern fast überall zurückgeschlagen wurden. In einzelnen Stellen wurden Gegenstöße erforderlich; sie brachten zahlreiche Gefangene in unsere Hand.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz keine größeren Kampfhandlungen.

Magdenische Front.

Im Süden von Monastir und im Cernabogcn war die Gesichtstätigkeit lebhafter als in den letzten Tagen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Depechen.

Englischer Panzerkreuzer versenkt.

W. Z. B. London, 4. Oktober. Die Admiralität meldet: Das Kriegsschiff „Drake“ ist am Dienstag morgen an der Nordküste von Irland torpediert worden. Es erreichte einen Hafen und sank in feinstem Gewässer. Die Explosion tötete einen Offizier und 18 Mann; die übrigen sind gerettet. — „Drake“ ist ein Panzerkreuzer von 14300 Tonnen. —

Gelbe und Schwarze als Retter.

W. Z. B. Berlin, 4. Oktober. Wie aus dem Tagebuch eines unfer kürzlich von sehr erfolgreicher Fernfahrt zurückgekehrten A-Poste hervorgeht, bereiten die Kauffahrtsverhältnisse der feindlichen Schifffahrt immer mehr Schwierigkeiten. Insbesondere die englische Handelsmarine muß immer mehr auf Malaien, Hongkong und Negersüdgreifen, um ihre Schiffe besetzen zu können. So hatte der vor einigen Wochen versenkte englische bewaffnete Dampfer „Albatros“ (5881 Tonnenn) außer den wenigen weißen Offizieren nur 48 Chinesen als Besatzung. Das Schiff hatte außer einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen u. a. 30000 Zentner Weizen, 16000 Hektoliter Öl und 10000 Zentner Käse geladen. Es gehörte der Cunard-Linie, die zu den größten und angehebensten englischen Passagierdampfergesellschaften rechnet, und bei der vor dem Krieg ausschließlich weiße englische Mannschaften beschäftigt waren. Mehrfach wurden auch amerikanische Segler versenkt, die außer dem Kapitän nur Regatta-Bord hatten, auf denen also auch die Steuerleute von Regatta vertrieben wurden. —

Deutscher Reichstag.

120. Sitzung.

Berlin, 4. Oktober, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Helfferich, Graf Noebern. Vor den Interpellationen der Sozialdemokraten betreffend Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts und betreffend Agitation durch Vorgesetzte im Heere zugunsten alldemokratischer Politik erklärt Staatssekretär Dr. Helfferich die Bereitschaft des Reichskanzlers, sie am Sonnabend zu beantworten.

Der Gesetzentwurf zur Vereinfachung der Rechtspflege wird ebenfalls einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Darauf wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte fortgesetzt.

Abg. Schiele (konf.) begrüßt die Vorlage. Den sozialdemokratischen Anteil, die Beihilfen nur als Darlehen zu gewähren, soweit sie den Friedenswert übersteigen, müssen wir ablehnen, er würde die Vorlage zu sehr belasten. Auch den weiteren Antrag der Sozialdemokraten, den Reichsausdruck aus neuen Mitgliedern bestehen zu lassen, wozu drei der Reichstag ernennen soll, können wir nicht annehmen. Dagegen werden wir dem sozialdemokratischen Antrag, bei Berechnung der Steuer die Besonderevergütung in Anrechnung zu bringen, zustimmen. Nicht zustimmen dagegen können wir dem Zentrumsantrag, nach dem noch einem Reichsgesetz vorbehalten werden soll, ob und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnen der auf Grund dieses Gesetzes hergestellten Schiffe zu beteiligen ist und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind.

Abg. Ober (Dt. Fr.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu und bringt im Laufe seiner Ausführungen das Bedauern seiner Freunde über das „unqualifizierbare Verhalten“ des Grafen Lurberg zum Ausdruck (Bravo!), das uns fast in den Krieg mit Ungarn und so zu weiteren schweren Verlusten der Handelsflotte gebracht hätte.

Abg. Henke (Unabh. Soz.) Gerade die Reeder sind die kapitalträchtigsten und internationalsten Kapitalisten. Der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg sind die stärksten Kapitalisten auf dem ganzen Erdball, und denen will man mit solchen Beihilfen ein Geschenk machen! Ein wie glänzendes Geschenk das für diese Leute ist, beweist die Steigerung ihrer Kurse an der Börse. Mit Subventionen kann man eine Handelsflotte nicht ins Leben rufen. Subventionen fördern nur den Konkurrenzkampf. Wir können aus allen diesen Gründen der Vorlage nicht zustimmen. (Bravo! h. d. Unabh. Soz.)

Die Debatte schließt: § 1 und § 2 werden angenommen. Bei § 3 bemerkt

Abg. Waldstein (Fortf. Fr.) gegen den Abgeordneten Henke, die Reeder können nur unzulässig eine starke Kapitalisten-Gruppe nennen. Keine andre Gruppe habe solche Verluste durch den Krieg erlitten wie die Reeder. Den Antrag des Zentrums zu diesem Paragraphen kann man nicht annehmen. Man kann nicht ins Gesetz hineinschreiben, es bleibt einem späteren Gesetz vorbehalten, ob und wie hoch das Reich an den eventuellen Gewinnen zu beteiligen ist. Wir beantragen daher eine Fassung, die den Grundgedanken enthält: was die Reederien über 6 Prozent an den auf Grund dieses Gesetzes gebauten Schiffen verdienen, muß ans Reich zurückgezahlt werden. Ohne eine solche Bestimmung können wir das Gesetz nicht verabschieden.

Unterstaatssekretär Dr. von Jönquieres: Geschenke sollen den Reedern nicht gemacht werden. Die Behauptung des Abgeordneten Henke aber, daß die Reeder große Gewinne gemacht haben und eine Gruppe von Großkapitalisten sind, ist durchaus irrtümlich. Auch der Antrag des Abgeordneten Waldstein ist nicht annehmbar. Der Hauptzweck des Gesetzes ist, daß möglichst schnell Schiffe gebaut werden.

Abg. Söhre (nackl.): Das Gesetz bedeutet keineswegs ein Geschenk an die Reederien, sondern es ist die notwendige Grundlage zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Wir brauchen die Handelsflotte, um die notwendigen Rohstoffe herbeizubringen.

Abg. Stadthagen (Unabh. Soz.) polemisiert gegen die Behauptung des Abgeordneten Waldstein, daß die Sozialdemokratie 1885 für die Dampfersubvention gestimmt habe. Diese Behauptung war ebenso un wahr wie seine Behauptungen aus der Gegenwart über die Lage der Reeder. Tatsache ist, daß es sich hier um eine Milliarden-Liebesgabe für die Reeder handelt. (Sehr wahr! h. d. Unabh. Soz.)

Abg. Dr. Boff (Ztr.) bittet, es bei den gründlich durchgearbeiteten Beschlüssen des Ausschusses zu belassen.

§ 3 (Anrechnung der Beihilfen auf die späteren Entschädigungen) wird angenommen. Von den Zusatzanträgen wird nur der Antrag des Zentrums angenommen, eventuell später eine Beteiligung des Reiches an den Gewinnen der Reeder gesetzlich festzulegen.

Den Beihilfen soll der Wert der Schiffe am 31. Juli 1914 zugrunde gelegt werden. Wenn aber die Kosten der Wiederbeschaffung den Friedenswert übersteigen, sollen nach Zuschläge zu den Beihilfen gewährt werden können. Ein Antrag Blaf und Genossen (Fortf. Fr.), die Mindesthöhe hierfür zu verändern, wird im Hauptausschuss mit 120 gegen 115 Stimmen abgelehnt.

Angenommen wird der Antrag Antzla und Genossen (Soz.), bei Berechnung der Steuer die Nebenvergütungen in Anrechnung zu bringen.

Der Rest des Gesetzes wird unter Ablehnung der dazu gestellten Änderungsanträge in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso die von der Kommission beantragten Resolutionen.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Kleine Anfragen. Nachtragssatz.) Schluß 6 Uhr.

Die Berner Konferenz.

Über den Verlauf der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern verbreitet das Schweizerische Telegraphen-Bureau einen ausführlicheren Bericht, dem wir die folgenden Einzelheiten entnehmen:

Nach dem Protest Bauers gegen die englische Begründung des Nichterfahrens wurde eine aus vier Neutralen und drei Vertretern der Mittelmächte bestehende Kommission gewählt, um die Resolution über die Stellungnahme der Konferenz zu dem englischen Schreiben festzusetzen. Die der Kommission vorgelegte Resolution lautet:

Die internationale Konferenz bedauert es sehr, daß es den Vertretern der französischen Gewerkschaften durch ihre Regierung unmöglich gemacht worden ist, in Bern zu erscheinen. Sie nimmt Kenntnis von dem Schreiben der britischen Gewerkschafts-Zentrale, durch das diese das Fernbleiben ihrer Vertreter begründet. Die Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz erscheint ihr unverträglich, weil sie in Widerspruch steht mit den Bundesbeschlüssen und den Zielen der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Die Konferenz betrachtet sich nicht als zuständig, über die Frage der Mithilfe der Völker und ihrer Regierung am Kriege und dessen Beilegerleistungen zu urteilen. Sie geht deshalb über das Schreiben der britischen Gewerkschafts-Zentrale zur Tagesordnung über, indem sie dem heißen Wunsch Ausdruck gibt, es möge in allen Ländern die Führer und Massen des organisierten Proletariats mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf einen baldigen Friedensschluß hinwirken.

Diese Resolution wurde nach längerer Erörterung mit 111 gegen die Stimmen der Ungarn angenommen, die eine eigene Resolution mit einer härteren Forderung der notwendigen Friedensaktion auf der Grundlage des Klassenkampfes forderten. Die ungarische Resolution wurde abgelehnt.

Der schwedische Delegierte Lindquist hatte namens der gesamten skandinavischen Delegation die angenommene Resolution empfohlen, hatte aber gewünscht, daß das Mißvergnügen der Konferenz über das Fernbleiben der Engländer und Amerikaner schärfer zum Ausdruck gelangen sollte.

Zu einer lebhaften Erörterung kam es bei der Behandlung der Frage der Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Berlin nach einem neutralen Lande.

Die Schweizer Delegierten hatten den von den Franzosen ausgedrückten Wunsch nach Verlegung des Sitzes zu dem ihrigen gemacht. Die Schweizer drückten Befürchtungen aus, daß im Falle des Verbleibens des Sitzes in Berlin eine Spaltung in der internationalen Gewerkschaftsorganisation eintreten könnte. Die Kommission, die diese Frage geprüft hat, schlug dagegen folgende von dem Dänen Hansen begründete Fassung vor:

Die Konferenz lehnt die Frage einer Verlegung des Sitzes grundsätzlich nicht ab. Die Umstände, unter welchen eine Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes verlangt wird sowie die Abwesenheit des ursprünglichen Antragstellers selbst betreffen jedoch die Konferenz, die Beschlussfassung über eine so wichtige Frage der Organisation zu vertagen und der nächsten Konferenz vorzulegen. Um aber die internationale Verbindung unter den dem Bund angeschlossenen Landesorganisationen aufrechtzuerhalten, beauftragt die Konferenz die Zweigstelle in Amsterdam und beauftragt sie, die bisherige Vermittlungsarbeit fortzusetzen und auszubauen. Die Konferenz erwartet weiter, daß die Landesorganisationen alles daransetzen, daß die heute noch bestehenden Differenzen, die nur durch den Krieg entstanden sind, so bald als möglich beseitigt werden und Einigkeit herbeigeführt wird.

In der Erörterung über die Resolution erklärte u. a. der Holländer Timmer, die Engländer und Amerikaner würden auch dann nicht kommen, wenn der Sitz in ein neutrales Land verlegt sein würde. Sie hätten schon immer nur eine sehr bedingte Zugehörigkeit zur Internationalen gezeigt. Dagegen habe sich Jouhaux, der Führer der französischen Gewerkschaften, bereit erklärt, an dem Gewerkschaftskongress teilzunehmen, ohne die Schulfrage zu erörtern und sich lediglich auf die eigentlichen Gewerkschaftsfragen zu beschränken. Die Verlegung des Sitzes würde einem Mißtrauensvotum gegenüber den Deutschen gleichkommen, das die neutralen Gewerkschaften nicht wünschen, da sie mit der Leitung durch die Deutschen vollständig zufrieden sind.

Der Schweizer Nationalrat Greulich erklärte, er könne die Haltung der deutschen Gewerkschaften ihrer Regierung gegenüber nicht verstehen. Man müsse auf die Mentalität der Entente-Gewerkschaften Rücksicht nehmen, die nun einmal das Vorgehen Deutschlands gegen Belgien nicht verzeihen können. Die Deutschen sollten freiwillig auf die Gewerkschaftsführung verzichten und der jetzigen Zweigstelle in Amsterdam die provisorische Leitung übertragen, bis ein neuer Kongress die Frage endgültig regelt.

Brech (Deutschland) wandte sich energisch gegen Greulich, dem er vorwarf, daß er die Gegensätze verklärte, statt daß er helfe, sie zu mildern. Wenn Greulich behauptete, die deutschen Sozialisten hätten ihren Standpunkt in der Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft gegenüber der Regierung während des Krieges geändert, so brauche er sich nur an die deutsche Regierung zu wenden, um zu erfahren, daß dies falsch ist. Die deutschen Gewerkschaften streikten immer wieder ihren Massen-genossen in den Ententeländern die Hand entgegen. Diese hätten nicht nur darauf gehauen, sondern gar hineingespuckt. Die Schuld der deutschen Arbeiter habe auch einmal ein Ende.

Der Oesterreicher Hueber wies darauf hin, daß obwohl in Stockholm Branting und andre entente-fremde Sozialisten die Vorbereitung zur Konferenz in der Hand gehabt haben, die Ententevertreter doch nicht gekommen sind, wohl aber seien die Scheidemannier erschienen.

Bei der Abstimmung wurde die Entschiedenheit der Kommission mit 111 Stimmen gegen die Stimmen der Schweizer angenommen.

Kapitän Bröhns Werbung.

Ein humoristischer Roman von W. W. Jacobs. (20. Fortsetzung.)

7. Kapitel.

Die weitere Suche in Barmberg mußte ohne Ginnerks Beistand geschehen. Während des Restes der Liegezeit des Schiffes ging er kaum von Bord, da er vorzog, in Ruhe seine Pfeife an Deck zu rauchen, anstatt an Land gewisse lästige Geister zu treffen, die Säuhänder zu kaufen wünschten. Sich mit Schorje und dem Jungen zu unterhalten, lehnte er ganz entschieden ab, und es war nicht früher, als bis sie Kollerhoff erreicht hatten, daß er geruhte, eine Pfeife Tabak aus des Kods Karten anzunehmen.

Kollerhoff ist ein kleiner, einharnischer Mann an der Spitze der Dötte. Wenn ein großes Schiff in den kleinen Hafen einläuft, kommen die Einwohner herbei, um es anzustarren, und die Kapitane der kleinen Fahrzeuge kommen aus ihren Kajüten gestürzt und juchzen schreitend zu erfahren wo es anlegen soll. Selbst wenn sie es von vielen Tauen gehalten und geleitet sehen, sind sie nicht zufrieden, sondern hängen andringlichere wie storkförmig (Schuhhälle) über die Seiten ihrer Schiffe und machen sich auf das ärgste gefaßt.

„Hier werden wir'n nicht finden, nach.“ sagt Ginnerk, als das Syndikat am Abend der Ankunft an Deck lag und nachdenklich auf die vereinzelten Dötte blickte, die wie im Raate verstreutes Zwielicht erschienen.

„Ich hab' nich mehr viel Hoffnung, daß wir'n überhaupt finden tun.“ riefste der Koch bei.

„Wenn man nich hänge wär, doch Schorje ihn finden tut.“ sagte der laßterhafte Ginnerk, „oder der Jung, denn würd' ich's überhaupt aufgeben.“

„Wenn ihn jemand finden tut, denn is es der Köpchen selbst.“ meinte der Koch, seine Stimme senkend, als diese Person an ihnen, auf ihrem Weg an Land, vorbeiging.

„Er geht mit das Bild auf die Holzeinweiche und fragt die da. Was für'n Schorje haben wir denn noch?“

Der Matrose schüttelte den Kopf, und nachdem er eine Zeitlang schweigend dagehessen hatte, ging er mit dem Koch an Land und trank sich in einen Zustand hoffnungslosen Pessimismus hinein. In dieser Verfassung verzicht er jedem, und da er sich sehr schlecht fühlte, machte er sein Testament, auf die einfache Manier, daß er Schorje sein Messer gab und Fische zwei Mark sechsundfünfzig. Die Wübe, die er am nächsten Morgen hatte, es zu widerrufen, bildete eine deutliche Illustration dafür, wie tief die Menschheit sinken kann.

Es war hell und klar am nächsten Tag, und nach dem Frühstück verbesserte sich Ginnerks Stimmung. Das andauernde Rauschen einer gesprungenen Glocke von einer kleinen Backsteinfürche in der Stadt und das Erscheinen zweier junger Mädchen, die den Kai mit Gesangsbüchern entlang spazierten und von zwei jungen Herren ohne solche gefolgt wurden, erinnerte ihn daran, daß es Sonntag sei.

Der Kapitän, der sich bestrebt, neue Moden einzuführen, folgte der Einladung der Glocke. Der Steuermann machte einen gesunden Marsch von fünf Kilometern, während die Mannschaft an Deck herum saß und den Rest bei seinen Vorbereitungen zum Mittagessen beobachtete und ihm ab und zu hilfreiche Hand leistete. Erst nachdem die Mahlzeit beendet war, zogen sie ihr Sonntagsgeiz an und gingen an Land.

Schorje ging zuerst, nachdem er flügerweise die Photographie, die ihnen allen zum Gebrauch geliehen war, an sich genommen hatte. Er ging zunächst in die Stadt, aber die geschlossenen Läden und die leeren Straßen fielen ihm auf die Nerven, und er spazierte daher, die Hände in den Taschen, zum Hafen zurück. Hier kam er mit einem altlichen Manne von geistigem Aussehen ins Gespräch, und nach einigen allgemeinen Redensarten, die mit dem Weiter aufpassen und mit Tabak endeten, zog er die Photographie hervor und schnitt die Angelgenheit des Kapitäns Ginnerk an.

„Ja, ich hab' schon so'n Mann gesehn, der dem sehr ähnlich sieht.“ sagte sein neuer Freund nach längerem Studieren.

„Wo?“ fragte Schorje eifrig.

„Ich will nich sagen, daß es derselbe Mann is.“ meinte der andre langsam und gab ihm das Bild zurück, „abers wenn er es nich is, denn is es sein Bruder.“

„Wo?“ wiederholte Schorje ungeduldig.

„Na, ich weiß nich recht, ob ich mich dazwischen stecken soll.“ sagte der Mann, „es is nich meine Sache.“

„Wenn eine Reichsmark würde —“ begann Schorje.

„Sie würde.“ sagte der Mann, sie lächelnd einsetzend.

„Er wohnt in Figgots Budt.“ bemerkte er mit Nachdruck.

„Und wo is das?“ fragte der Matrose.

Der Mann drehte sich um und wies über ein Stück wüdes Land hinweg auf einen schmalen Pfad, der sich auf der Höhe der Klippen entlang wand.

„Folgen Sie diesem Pfade, so gerade, als Sie man können.“ sagte er.

„Wie weit?“ fragte Schorje.

„Na, einige Leite machen da 'ne lange Reite aus und einzige 'ne kurze.“ sagte der andre in orakelhafter Weise.

„Woll'n wir mal anderthalb Meilen fragen?“ Schorje sagte, er wolle lieber eine halbe fragen.

„Anapv anderthalb denn.“ sagte der Mann, nachsichtig lächelnd.

„Na, adieu!“

„Nijs, Maat.“ entgegnete Schorje und begann, sich in das Steingewirr vor ihm stürzend, seinen Marsch.

Es war ungünstig für seinen Erfolg, daß Ginnerk und der Koch, die sich auf einem gemüthlichen Bummel befanden, ohne jegliche Absicht, nach Kapitän Ginnerk anzublicken oder ähnlich gearteten Unfug zu treiben, aus der Ferne Zeugen seiner Unterredung gewesen waren. Durch einen Dauerlauf überholten sie den altlichen Mann von geistigem Aussehen, und durch ein Kreuzverhör entlockten sie ihm den Grund von Schorjes plötzlichem Abmarich.

„Wie kommt man dahin?“ fragte Ginnerk.

„Sehn Sie man hinter ihn her.“ sagte der Mann und zeigte auf die vor ihnen langsam die Klippe erkletternde Gestalt. „und Sie werden ebenso früh da sein als wie er.“

(Fortsetzung folgt.)

am Donnerstag faßte die Konferenz den Beschluß, an die Regierungen der kriegführenden Völker das Ersuchen zu richten, der Arbeiterklasse im Friedensvertrag ein Mindestmaß von Schutz und Recht zu sichern, das in allen Ländern durchgeföhrt werden müsse. Danach sollten in den Friedensvertrag Bestimmungen zur Sicherung der Freizügigkeit, des Koalitionsrechts und zur Durchführung des Arbeiterschutzes aufgenommen werden. Die Konferenz hält den Friedensvertrag, der den Weltkrieg einmal beendet wird, für den geeigneten Ausgangspunkt für ein kalkräftiges Zusammenwirken der Völker auf dem Gebiete der sozialen Reformen. Sie stellt in dieser Frage eine Reihe von Leitlinien auf.

Die internationale Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterschutz in Basel ist im Friedensvertrag ausdrücklich als Organ zur Durchführung und Förderung des internationalen Arbeiterschutzes anerkannt. Das von ihr unterhaltene internationale Arbeitsamt hat alles sozialpolitische Material zu sammeln und in den drei Hauptsprachen herauszugeben.

Der Berichterstatter des Ausschusses, Hansen (Dänemark) bezeugte diese Forderung als Mindestmaß, denn alle kriegführenden Länder hätten so ungeheure Verluste an Volkskraft erlitten, daß mit dem Verbleibenden weise hausgehalten werden müsse. Die Völker würden am schnellsten jenseits, die die Bedeutung der sozialen Reformen nach dem Krieg am tiefsten erkennen und weitgehende Reformen am schnellsten durchführen werden.

Dieser letzte Satz wurde vom Kongreß einstimmig angenommen. Die Konferenz erwartet von den Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder, daß zur Festlegung des sozialpolitischen Teiles der Friedensvereinbarung auf Vertreter der Gewerkschaften jedes Landes zugezogen werden.

Mit der Annahme dieser Entschließung waren die Geschäfte der Konferenz beendet. Präsident Schaeberger stellt fest, daß die Konferenz mühselige Arbeit geleistet hat; wenn es auch nicht gelungen sei, vollständig wieder die ganze internationale Zusammenkunft zu bringen, so sei doch ein Schritt auf diesem Wege gemacht worden, so daß in nächster Zeit eine vollständige Vereinigung erzielt werden könne.

Regien gab hierauf folgende Erklärung ab: Die Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands erklären, daß ihre Regierung, heute einer Siegerlegung zugestimmt, nicht so angefaßt werden dürfte, daß sie unter allen Umständen den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Deutschland behalten wolle. Sie sind zu ihrer Stellung genötigt, weil insbesondere von den englischen Gewerkschaften gesagt worden ist, daß die Siegerlegung gleichbedeutend mit einem Rüstungsaußtritt gegen Deutschland sei. Der Internationale Gewerkschaftsbund kann nur erhalten werden, wenn holländische Vertreter aller Landesgruppen zueinander vorhanden sind. Sobald sämtliche Landesgruppen heute sind, so einer Konferenz zusammenzutreten, sind die Gewerkschaften Deutschlands bereit, über eine Übertragung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ordnungsgemäß zu verhandeln.

Die Konferenz beschloß jedoch einstimmig, folgendes Telegramm an die holländischen und französischen Gewerkschaften abzusenden:

„Gesandte Delegierter der internationalen Gewerkschaftsbewegung in Den Haag von Gruppen der französischen und holländischen Landesgruppen sind herzlich willkommen. Sie sprechen besonders den französischen Gewerkschaften der Anerkennung aus für ihre Bereitschaft, die internationale Konferenz zu beschließen und geben der Hoffnung Ausdruck, daß Vertreter der französischen und holländischen Landesgruppen an der nächstfolgenden internationalen Konferenz teilnehmen werden, damit der Vertrag auf Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf der Grundlage von Entschlossenheit und der Internationalen Gewerkschaftsbund wiederhergestellt werden kann.“

Nachdem Regien der Entschlossenheit für die Vermittlung einer Verständigung aller Landesgruppen bezeugen, dankt heute jählig Präsident Schaeberger die Konferenz.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 5. Oktober 1917.

Zur Sondervorstellung im Stadttheater.

Da am Sonntag den 7. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von Theater-Vorstellungsmöglichkeit nur ein letztes noch auszunutzen bleibt, daß die Plätze bis 2 Uhr an im Theater abzugeben sind. Der Eintrittspreis beträgt für alle Stände 75 Pf. Es wird pünktlich um 3 Uhr mit der Vorstellung begonnen werden, während der Vorstellung bleiben die Türen geschlossen. Karten sind an den folgenden Stellen zu haben:

Kartenschalter, Georg-Königsplatz 3 II.

Für den folgenden Tag: Theater des Sozialdemokratischen Vereins

H. Singer, Friedrichstraße 2.

H. Richter, Ringstraße 24.

Georg-Werk, Georg-Königsplatz 7.

Walter-Verlag, Friedrichstraße 41, p. IV.

Walter-Verlag, Ringstraße 3, II.

H. Schmidt, Ringstraße 34, p. II.

H. Schmidt, Ringstraße 7.

H. Schmidt, Ringstraße 10.

Georg-Werk, Ringstraße 12.

Nachdem sich die Karten in folgenden Gewerkschaftsbüros erhältlich sind:

Arbeiterklub, Georg-Königsplatz 3, I.

Arbeiterklub, Ringstraße 27/28.

Arbeiterklub, Georg-Königsplatz 7.

Arbeiterklub, Ringstraße 3, III.

Arbeiterklub, Georg-Königsplatz 3, III.

Arbeiterklub, Georg-Königsplatz 3, I.

Arbeiterklub, Ringstraße 12.

Der Arbeiter-Verein

Die Arbeiter-Vereinigung im neuen Wirtschaftsjahr.

Im nächsten Jahre wird möglichst das Ergebnis der im Laufe des vergangenen Jahres durchgeführten Arbeitsergebnisse festgestellt werden, wenn die jetzige Situation des ganz allgemein im Lande herrschenden Zustandes ist. Die Arbeiter-Vereinigung ist die beste Stelle, um die Arbeiter-Vereinigung zu unterstützen.

vorhanden sind, kann die Streckung des Brotes mit Kartoffelmehl allgemein erst vom 1. Februar 1918 an erfolgen. Bis zum 1. November d. J. ist eine Streckung überhaupt nicht in Aussicht genommen. Bis dahin wird die jetzige Rektion von 220 Gramm pro Kopf und Tag weitergegeben.

In der Zeit vom 1. November bis 1. Februar werden den Gemeinden Frischkartoffeln in einem Umfang zur Verfügung gestellt werden, die eine Streckung der Rektion von 200 Gramm um 10 Prozent ermöglichen, womit die Ration der ersten beiden Kriegsjahre wiederhergestellt wird. Falls eine Gemeinde es vorziehen sollte, diese Streckung nicht vorzunehmen, die Kartoffeln vielmehr direkt zu verteilen, so soll sie zu einer Erhöhung der Kartoffelwochenrate berechtigt sein, die dann etwa 1 1/2 Pfund pro Kopf und Woche betragen würde.

Die Ausmahlung des Getreides von 94 Prozent muß vorläufig beibehalten werden. Wenn die Ernteerträge, die vom 20. September bis 5. Oktober vorgekommen sind, ein besseres Endergebnis der Getreideernte ergeben sollte, so wird der Rektion nicht zu einer Erhöhung der Rektion, sondern zu einer Verringerung der Ausmahlung benutzt werden, durch die einmal die Qualität des Brotes wesentlich verbessert und gleichzeitig die so notwendige Kleie als Futtermittel für die Landwirtschaft gewonnen würde.

**** Wochen-Verteilungsplan für Fleisch.** Es laufen in der Woche vom 8. bis 14. Oktober 1917 an Donnerstags Gruppe 1, Freitag Gruppe 2, Sonnabends Gruppe 3. Für diese Woche gelten die Marken Nr. 1 bis 10 der Karte für Erwachsene und Nr. 1 bis 5 der Karte für Kinder zur Entnahme von je 25 Gramm. Auf die Marken Nr. 1, 2, 3, 4 und 5 der Karte für Erwachsene und Nr. 1 und 2 der Karte für Kinder muß Rindfleisch auf die Marken Nr. 6, 7 und 8 der Karte für Erwachsene und Nr. 3 und 4 für Kinder kann Kalb- oder Hammelfleisch, auf die Marken Nr. 9 und 10 der Karte für Erwachsene und Nr. 5 der Karte für Kinder kann Schweinefleisch entnommen werden. Sämtliche obengenannten Marken, also für Erwachsene Nr. 1 bis 10 und für Kinder Nr. 1 bis 5, berechtigen zum Einkauf von Wild-, Hühner-, Kanari- und Ferkelfleisch. Hühner werden im Durchschnittsgewicht von 400 Gramm, junge Hühner bis zu 1/2 Jahr mit einem Durchschnittsgewicht von 200 Gramm, Wild wird in der doppelten Menge und Karkassen in der vierfachen Menge auf die Fleischmarken angerechnet. Fleischzeit von 8 bis 1 Uhr vormittags, Sonnabends außerdem von 6 bis 7 Uhr abends.

**** Markenabgabe bei der Kriegsfische.** Für Personen über 6 Jahre ist in jedem Falle, auch wenn sie 1/2 Portion beziehen, abzugeben: a) Die Fleischmarken Nr. 1 der für die Zeit vom 8. Oktober bis 4. November gültigen (gelben) Fleischmarken; b) die Marke Nr. 11 der Markenabgabe für September/Oktober. Für Kinder von 6 Monaten bis zu 6 Jahren wird abgenommen die Marke Nr. 11 der Markenabgabe für September/Oktober. Die Ausgabe der Fleischmarken und Gültigkeit für die obengenannten Marken erfolgt wie üblich am Montag und Dienstag 18. und 9. Oktober.

**** Der Höchstpreis für Braunkohlenbriketts** für einen Zentner einschließlich Steuer wird dem Regieramt wie folgt festgelegt: bei Lieferung ab Siedlitzer 1,70 Mark, bei Lieferung ab Siedlitzer 1,90 Mark, bei Lieferung ab Siedlitzer 2,20 Mark. Bei Lieferung für Arbeiter werden nur die wirklich gezahlten Höchstpreise in Ansatz gebracht werden. Diese Verordnung tritt am 5. Oktober in Kraft.

**** Spiritusmarken für Kinder.** Es dürfte noch nicht genügend bekannt sein, daß für Kinder im Alter bis zu 2 Jahren durch das Lebensmittelamt, Januar 34, Spiritusmarken zum Bezug von Spiritus zum Ende von 55 Pf. des Liter bezogen werden können. Diese Marken sind bereits seit 2 Jahren. Die Ausgabe der Spiritusmarken erfolgt jedoch nur nach vorheriger Antrag.

**** 7-Uhr-Verbot für Rauschmittelgeschäfte.** Vom Regieramt sind folgende angeordnet: Offene Verkaufsstellen der Rauschmittelgeschäfte dürfen in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet sein. Die Verkaufsstellen für private Verkaufsstellen über die gesetzliche Zeit von 9 1/2 bis 9 1/4 Uhr hinaus verlängert werden: für Kohlenhändler von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Diese Verkaufsstellen treten mit dem 5. Oktober in Kraft.

— Der Handel mit Lebensmitteln unterliegt unter einer Behörde des Polizeipräsidenten dem Handelsmann Gebirg Handel in der Ringstraße 21.

— Stadter Sekretär an guten Schläckchen. Vom Wohlstand und mit geistiger, körperlicher und auch noch zunehmender Jugend von männlichen und weiblichen Arbeitern in die Reihen der Kriegsveteranen ist in erster Linie der Sekretär an Schläckchen und kleinen mahlbaren Jammern von mäßiger Beschaffenheit so weit geworden, daß der Nachfrage bei weitem nicht mehr genügt werden kann. Zur Befriedigung der sich heraus entwickelnden Bedürfnisse empfiehlt es sich, in der von dem Herrn Sekretär in Köpenick beabsichtigten Erweiterung der Schläckchen-Produktion zu helfen. Für diesen Zweck sind die Herren Sekretäre, deren Bekanntheit über den Umfang des notwendigen Selbstbedarfs hinausgeht, oder denen eine ähnliche Empfehlung für die Fülle des Krampfes möglich wäre, ergibt sich hier eine gute Gelegenheit, einem wohlwollenden Jammern für die guten Schläckchen zu erweisen. Für weitere bestmögliche Hilfe, die auch solchen Umständen nicht bedürftig handelt es sich um die Gründung einer künftigen Gewerkschaft. Reinigerische Schläckchen und Jammern übergebenen im Falle man am liebsten in der Geschäftsstelle der Schläckchen-Produktion, Johannstraße 1 III, um sie mit dem auch die künftige Jammern geeigneter Unternehmungen anzufangen.

— Bestellung von Friedensanleihen durch eingezogene Gewerkschafter. Im Hinblick auf die im „Arbeiter (Magdeburg, 5.)“ in einer Umfrage ist, daß in der Reihenfolge des Feldzugsstands bis 4 November die zum Kriegsdienst eingezogenen Gewerkschafter und der Herstellung von Friedensanleihen beauftragt werden. Obwohl jetzt an, daß der Kriegsdienst gegen diese Bestimmung zu tun gebracht.

— Ortsratige Kundgebung im Stadttheater. Sonntag den 7. Oktober, 11 1/2 Uhr, findet im Stadttheater wieder eine Kundgebung statt, bei der künftige Operationen und das künftige Duplekter miteinander. Herr Dr. Groß und Herr Dr. Klein sind einen Vortrag halten. Die Kundgebung soll wieder der Förderung der Kriegsanleihe dienen.

— Arbeiterjugend. Die Sonntagabend-Vorstellung für Buben und Mädchen soll am 11. Oktober mit dem Titel „Die kleine Prinzessin“ beginnen. Die Vorstellung wird durch den Vorstand mit anschließender Besprechung der Gewerkschafter. Die kleine Prinzessin beginnt sich abends um 8 Uhr an. Für die Wilhelm-Bühnen ist eine Sonderplatz geplant. Der Beginn morgens 1/2 Uhr am Hauptplatz.

— Die Arbeiter-Vereinigung ist bis auf weiteres werktags von 10 bis 1/4 Uhr und Sonntags von 11 bis 1 Uhr geöffnet. Die Verwaltung der Vereinigung ist allen natürlich oder gesetzlich organisierten Verbänden und den Mitgliedern der Vereinigung für Beratung und Angelegenheiten kostenlos geöffnet.

— Von der Schulzucht. Eine Aufgabe in der Pädagogik, die schon öfter gelöst werden muß und die als äusliche Aufgabe gelöst hatte, konnte von der Volksschülerin Luise in der Lutherschule zu Königberg nicht gelöst werden. Der Lehrer, Professor Lenz, nahm Mangel an häuslichem Fleiß und Teilnahme an der Schulzucht an und hielt eine körperliche Züchtigung für geboten. Die Schülerin sollte auf die flache Hand mit einem 50 Zentimeter langen, gepaltemen Holzstock Schläge bekommen. Unwillkürlich hielt sie den rechten Arm vor, so daß auch dieser getroffen wurde. Nach 14 Tagen, während welcher Zeit das Mädchen an einer Grippe erkrankt war, stellte ein Arzt fest, daß auf dem Arme noch Striemen vorhanden waren. Folgen für später hatte die Züchtigung nicht.

Der Vater erstattete Strafanzeige wegen Körperverletzung und die Staatsanwaltschaft übernahm die Strafverfolgung, der Zufall als Nebenkläger betrat. Nachdem das Schöffengericht den Professor Lenz freigesprochen hatte, legte der Nebenkläger Berufung ein. Nunmehr erhob die Regierung in Königsberg den Konflikt zugunsten des Lehrers, weil er seine Amtsbefugnisse nicht überschritten hätte. Das Oberverwaltungsgericht erklärte den Konflikt der Regierung für begründet und entschied demgemäß, daß das Verfahren gegen Professor Lenz einzustellen sei. Begründend wurde ausgeführt: An sich sei der Lehrer wegen der Unachtsamkeit der Schülerin zur Züchtigung berechtigt gewesen. Es frage sich nur, ob sie die vorgeschriebenen Grenzen innegehalten habe. Hier sei maßgebend die Schulordnung für die Elementarschulen in Ost- und Westpreußen vom 11. Dezember 1845. Danach müsse sich die Schulzucht in den Grenzen einer mäßigen ertelichen Zucht halten. Diese Grenzen seien hier, wo die Züchtigung keine gesundheitsgefährlichen Folgen hatte, nicht überschritten worden. Wo aber sich der Lehrer in Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten, so daß das Verfahren gegen ihn eingestellt werden müsse.

In anderen Gegenden des preussischen Staates gelten die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts über die Schulzucht, die durch Kabinettsorder vom 14. Mai 1825 auch da eingeführt sind, wo das Landrecht nicht gilt. Danach darf die Schulzucht nicht in einem Grade ausgeübt werden, daß die Gesundheit des Kindes irgendwie auch nur im entferntesten gefährdet wird.

— Die Musik in der Gastwirtschaft als ruhestörender Lärm. Der Gastwirt Ruhn in Berlin ließ in seinem Lokal des Abends bis zum Eintritt der Polizeistunde Konzerte abhalten. Manchmal waren die Fenster geöffnet. In der Nähe wohnende Personen beschwerten sich lebhaft darüber. Sie erklärten, sie seien wiederholt schwer gestört worden. Die Musikanten, darunter ein Trompeter und Posaune, hätten solchen Lärm gemacht, daß man erträglich aus dem Schlaf aufstiege. Einzelne Bewohner drohten dem Gastwirt, zu ziehen, wenn er keine Abhilfe schaffe. Schließlich wurde der Gastwirt Ruhn angefaßt und vom Landgericht als der Verursacher der Störung auf Grund des § 360 Ziffer 11 des Strafgesetzbuchs zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erzeugt habe durch die Abhaltung der Konzerte. Das Publikum in seiner Allgemeinheit sei in einer Weise gestört worden, die dem äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung gefährdet habe. Der Angeklagte legte Berufung ein und machte in der Sache geltend, daß eine ungebührliche Erregung ruhestörenden Lärm im Sinne des § 360 unmöglich darin gesehen werden könne, wenn ein Gastwirt in Rahmen seines Gewerbes das ihm zustehende Recht der Konzertverwaltung ausübe. Uebrigens sei die Polizeistunde schon um 10 Uhr eingetreten und so lange habe auch nur das Konzert gedauert. Es habe sich also nicht etwa um nachtschlafende Zeit gehandelt, zumal es zur Sommerzeit gewesen sei. Das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Es herrsche ja in der Justiz Streit darüber, ob ruhestörender Lärm im Sinne des § 360 Ziffer 11 durch gewerbliche Veranstaltungen, wie die hier in Rede stehende, nicht werden könne. Das Kammergericht sei der Meinung, daß dies sehr wohl möglich sei. Vorliegend sei die Straftat ohne Rechtsirrtum festgestellt.

— Kriegsanleihe und Kriegsabgabe. Von der Reichsbankhauptstelle wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die dritte Kriegsanleihe (5 Prozent Reichsschuldverschreibungen und 4 1/2 Prozent Reichsschuldverschreibungen) zur Verzinsung der Kriegsanleihe a b c, und zwar zum Nennwert unter Verrechnung der Zinsen verwendet werden kann, sobald die Stücke oder Zwischenscheine dafür durch die Reichsbank für den gezeichneten und bezahlten Betrag bezogen worden sind.

*** Wem gehören die Hühner und das Kaninchen?** In einem Hausflur der Bergstraße ist heute morgen ein nachfolgender Schaden mit 5 jungen geschlachteten Hühnern, und zwar 2 weißen, 2 rehnhühnerfarbigen und 1 gelbgesprenkelten, sowie einem großen lebenden schwarzen Kaninchen gefunden worden. Der Eigentümer wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

X Gestohlen wurden am 3. d. M. abends aus einer Wohnung in der Auguststraße, in die der Dieb von der Straße aus durch ein offenes Fenster eingestiegen ist, 1 Deckbett, 2 weiße Deckbettbezüge, 2 weiße Kopfkissenbezüge, 2 Bettdecken, 1 Herrennachthemd, 1 gelbbraunes Kostüm und 1 schwarzseidener Damenmantel; in der Nacht zum 4. d. M. aus zwei Ställen, die sich in Gartenparzellen an der Inselstraße befinden, 9 Kaninchen; am 4. d. M. vormittags, aus einer Wohnung im Lemsdorfer Weg 910 Mark in Scheinen (im letzten Falle kommt eine angelegte Emma Kupfermünze, die die Wohnung gereinigt hat, als Diebstahl in Frage); aus einem Hofraum in der Gröbenstraße eine silberne Herrenremontuhr; aus einer Kammer in der Berliner Straße 14 Tafelgeschirr und eine weiße Kinderhohe; mittags aus einer Laube einer Gartenparzelle an der Helmstedtstraße 2 graue Herrenjoppen, 1 schwarze Hohe mit roter Biele, 1 graue Schirmmütze, 1 braunwollenes Umhängelätz und 2 blaue Schürzen.

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Konzerte. Im gestrigen Konzert Vasser mann-Kaufmann kam ein klassisches Programm zur Durchführung. Die Hauptkonzerte in A-Dur eröffnete die Reihe der Darbietungen in markiger, edler Form. Die nachfolgende dreiteilige Nummer, Beethoven's bekannte F-Dur-Sonate, ein feingliedriges Kennzeichen von Beethoven und die Lullus-Variationen über ein Capriccio's Thema ließ beide Vortragende als Künstler von starker Beherrschung erkennen. Eine ausgezeichnete Leistung war auch Beethoven's Hiedergabe der A-Dur-Sonate Beethoven. Der Schlußteil des Programms war teilweise ein Komplement an die künftige Kunst und den virtuellen Geschick der Gegenwart. Von gesagte beide Künstler durch Blumen und anhaltendem Beifall aus.

Jugendklub des Frauenvereins für Armenpflege war tags zuvor ein Konzert von Elisebeth Beche mit ihren Schülern in entgegenstehender Richtung. Man darf von erwarteten Leistungen erwarten, soweit nicht ein und wieder eine erklärende Ursache bei den Vortragenden zu erkennen war. Trotzdem kann der Gesamterfolg als ein sehr zufriedenstellender bezeichnet werden.

Salze von der Welt veranstaltete ebenfalls einen Vortrag, der ihre schon oft erwähnten Kunst wieder aufs neue beschäftigte. Sie versuchte vertaus des Programms, Reden in inoffizieller Weise mit anschließendem Vortragen, Erbes mit humorvollen. Gustav Pöppner und Wilhelm Ruten's erweiterten mit musikalischen Nummern das Programm, was ihren freundlichen Anwesenheit entsprach.

Mitteilungen der Direktoren.

Stadttheater. Heute Sonnabend „Schöner dem der Welt“. Sonntag nachmittags Generalvorstellung des Krieger-Vereinigungsbüros, ein Kartenverkauf findet nicht statt; abends 8 1/2 Uhr „Lokomotive“.

Operntheater. Am Sonntag den 7. Oktober wird „Die Frau von Semeio“ in beiden Vorstellungen zur Aufführung gebracht.

Städtisches Theater. Donnerstag 10. Oktober, Theateraufführung, 1. Vorstellung „Die kleine Prinzessin“ von Dr. Karl. Solisten Julia Guld, Margarete, Beate und I. Oskar. Hauptrolle vom 11 Uhr. Karten bei den Gewerkschaften.

Aus der Parteibewegung.

„Unabhängige“ Maßregelung. Der Reichstagsabgeordnete Ernst Grenz, der seit 22 Jahren in der Expedition der „Leipziger Volkszeitung“ tätig war und seit mehr als einem Menschenalter in unermüdlicher und unanfechtbarer Treue der deutschen Arbeiterbewegung dient, ist gezwungen worden, seinen Posten aufzugeben, weil er der sozialdemokratischen Partei treu bleiben und sich nicht den Unabhängigen anschließen wollte. Nachdem schon viele Schifanen vorhergegangen waren, erhielt er am 10. April dieses Jahres folgenden Brief:

Herrn Ernst Grenz, Leipzig-Schönefeld.
Die Parteifunktionäre Leipzigs sahen am 1. April 1917 folgenden Beschluß, den wir Ihnen mitteilen:

Da der Expedient Grenz im Zeitungsgeschäft der Leipziger Parteigenossen lediglich die Stellung eines Einfassers, aber keine politische Vertrauensstellung einnimmt, scheidet die Parteigenossenschaft davon ab, Grenz zu kündigen. Da aber Grenz die Parteigenossen Leipzigs mit aus der Partei ausgeschlossen und abendwärts noch gröblich beschimpft hat, erwarten die Parteigenossen Leipzigs, daß Grenz sich noch so viel Kleinlichkeitsgefühl bewahrt hat, daß er selbst darauf verzichtet, länger im Geschäft der von ihm beschimpften Parteigenossen tätig zu sein.

J. M. Karl Schrörs, Parteisekretär.

Grenz erklärt, daß er keine Veranlassung hatte, diesem „dummdrehtigen Vorhug“ Folge zu leisten. Mitte August forderte ihn dann der Geschäftsführer auf, eine andere Tätigkeit zu übernehmen, die ihn in seiner politischen Wirksamkeit für die Sozialdemokratie noch weiter beschränkt hätte. Das lehnte Grenz ab und schied am 1. Oktober aus der „Leipziger Volkszeitung“ aus.

Die Unabhängigen und an ihrer Spitze die „Leipziger Volkszeitung“ haben jedesmal über „brutale Maßregelung“ geschrieben, wenn die Sozialdemokratie einem ihrer politischen Vertreter bedeutete, daß er seinen Posten aufgeben müsse, wenn er zu einer anderen Partei überträte. Die technischen Angestellten der sozialdemokratischen Parteitreibetriebe wurden in ihrer politischen Freiheit selbstverständlich niemals beeinträchtigt. So ist z. B. der unabhängige Reichstagsabgeordnete Zubeil noch immer Expedient des „Vorwärts“. Aber die Insubordination und Verfolgungssucht der Unabhängigen kennt keine Grenze und hat sich jetzt selbst an Ernst Grenz vergrienen, einem Manne, an dessen Lauterkeit und Ehrlichkeit selbst der erbitterteste Gegner niemals zu zweifeln gewagt hat. Und gleichzeitig stimmt die „Leipziger Volkszeitung“ die lautesten Klagen darüber an, daß der Parteivorstand das wissenschaftliche Organ der Sozialdemokratie, die „Neue Zeit“, nicht länger in den Händen zweier Unabhängiger lassen wollte. Es ist augenscheinlich auch in Leipzig das Wort in Geltung, daß man über dem Splitter bei andern den Balken im eignen Auge vergißt.

Wiedererscheinen rumänischer und slowakischer Parteiblätter. Wie die ungarische Parteipresse wird der „Adeverul“, das Organ der rumänischen Sozialdemokratie, von nächster Woche an wieder erscheinen. Die „Robotnicke Noviny“, das slowakische Parteiorgan, dessen Erscheinen im März 1917 eingestellt worden ist, erscheint vom 4. Oktober an gleichfalls wieder.

Provinz und Umgegend.

Herstellung von Dauerfutter.

Die Herstellung von Dauerfutter hat für die Kriegswirtschaft eine außerordentliche Bedeutung gewonnen. Kartoffel-, Rübenblätter, Kohlblätter, Rübenschalens und alle Gemüsesäballe eignen sich zur Erzeugung und Herstellung von Dauerfutter. Da unbegrenzte Mengen frischer Ware zur Verfügung stehen, kann durch die Erzeugung und damit das Erhalten der Nährwerte eine sehr erhebliche Vermehrung der Futtermittel erfolgen. Kein Landwirt, kein gewerblicher Erzeuger darf sich der Wichtigkeit dieser Frage verschließen.

Die getrocknete Ware ist laut Bundesratsverordnung an die Bezugsvereinigung deutscher Landwirte, Berlin W 35, Potsdamer Straße 30/31, zu liefern, in dessen steht dem Landwirt frei, die von ihm selbst hergestellte Ware im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb zu verwenden. Die Bezugsvereinigung zahlt für das Trockenprodukt sehr löhnende Preise. Einzelheiten sind von der Bezugsvereinigung einzufordern.

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 5. Oktober. (Durch die Unfälle der Kinder, sich an die Wagen zu hängen, ereignete sich ein Unfall. Am Donnerstag fuhr durch die Brahmstraße ein mit Häßern beladener Wagen, an dem sich ein kleines Mädchen angehängt hatte. Durch einen entgegenkommenden Wagen erfolgte ein leichter Zusammenstoß, wobei die Häßer nach hinten rutschten und dem Kinde die Finger in erheblicher Weise quetschten. Warnt daher die Kinder vor dieser Unsitte immer wieder.

Wahlkreis Wanzleben.

Weseregeln, 5. Oktober. (Empfindliche Strafe für Sachbeschädigung.) Um die Dreschmaschine zu beschädigen, wollte der polnische Landarbeiter Jakob Nowak in Weseregeln eine eiserne Kette in ein Getreidebündel stecken, damit sie in das Getriebe kommen sollte. Da die Kette mit der Kette nicht ging, nahm er nur eine Wagenkapsel, die dazu auch mit in die Maschine geriet, aber wieder hinausgeworfen wurde, ehe erheblicher Schaden entstehen konnte. Als er sich jetzt vor dem Landgericht Halberstadt wegen beschuldigter Sachbeschädigung zu verantworten hatte, sagte er, daß er die Kapsel nur aus Spaß eingebunden hätte, um die Mädchen durch das entsetzliche Geräusch zu erschrecken. Das Gericht hielt ihn jedoch für schuldig, daß er die 6000 Mark Wert habende Maschine absichtlich zerstören wollte, und erkannte auf 1 Jahr Gefängnis.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Wölpe, 5. Oktober. (Tödlicher Unfall.) Der einjährige Lege verunglückte auf dem Schachte Gerwinne Drowes, der kurz nach dem Unfall verstarb. Die Arbeiter in Wölpe verlieren in ihm einen modernen Beschützer ihrer Interessen. Durch den Tod dieses Mannes verliert die Partei des Kreises ein altes Mitglied, das nicht und recht stets seine Schuldigkeit getan hat. Das Andenken des Verstorbenen wird gewahrt werden.

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Bernburgerode.

Halberstadt, 5. Oktober. (Essentielle Impfung.) Am 13. Oktober von vormittags 4 Uhr an wird in der Volkshalle 1, Hauptplatzstraße 2, unentgeltlich geimpft werden. Geimpfungsbedürftig sind alle Kinder, welche im Jahre 1916 und früher geboren sind, wiederimpfungsbedürftig alle im Jahre 1905 und früher geborenen, welche bisher noch nicht geimpft oder wiederimpft sind. Die Impfungen finden am 20. Oktober nachmittags 4 Uhr im Impfstoffort statt.

Wahlkreis Halle-Mscherleben.

Mscherleben, 5. Oktober. (Tödlicher Unfall.) Der Landwirt Wilhelm Fasshauer ist am 2. Oktober nachmittags, als er eine Fuhre Kartoffeln nach Halle fahren wollte, beim Köhrlagen vor die Räder seines Wagens gefallen. Hierbei wurde ihm durch Heberfahren der Brustkorb zerdrückt. Im Krankenhaus starb er kurze Zeit darauf an den erlittenen Verletzungen.

(Petroleum.) Auf Abschnitt 3 der vollen mit vier Feldern bedruckten blauen und roten Karten erfolgt die Abgabe von

1/2 Liter Petroleum für 16 Pfg. Abschnitt 3 der halben blauen Karten (nur zwei Felder bedruckt) hat kein Bezugsrecht, weil Petroleum nicht verfügbar ist. — Zunächst wird Sparparaffin Verbrauch angerechnet. Vielleicht erfolgt im nächsten Monat die Zuweisung eines größeren Quantums Petroleum.

(Eicheln- und Kastanien-Sammlung.) Bei der Firma Klinge u. Co., Steinbrücke 22a, ist eine Sammelstelle für Eicheln und Kastanien eingerichtet. Für schalentrone Eicheln werden 6,50 Mark, für Kastanien 5 Mark pro Zentner bezahlt.

Quedlinburg, 5. Oktober. (Kohlenverjorgung.) Mit dem 5. Oktober ist die neue Verordnung über die Kohlenverjorgung in Kraft getreten. Danach dürfen Briefette nur auf Kundenlisten abgegeben werden, und zwar an solche Personen, die sich bei einem Kohlenhändler in die Kundenliste haben eintragen lassen. Die Briefette enthält zehn Abschnitte, je auf 1 Zentner lautend. Abhanden gekommene Karten werden nur in ganz besonderen Fällen ersetzt und auch erst nach genauer polizeilicher Ermittlung. Derartige Anträge müssen schriftlich bei der städtischen Kohlenstelle gestellt werden. Die Briefette gibt aber keine Gewähr, daß man das angeforderte Quantum auch erhält. Als Höchstmenge wird festgesetzt: Für eine Wohnung mit einem Zimmer und Küche 20 Zentner, zwei Zimmer und Küche 25 Zentner für den Winter 1917/18. Die bei der Bestandsaufnahme am 1. September d. J. angegebenen Bestände kommen in Anrechnung. Das Selbstabholen von Briefetten durch die Verbraucher von der Grube ist verboten. Daher verliert auch die bereits ausgestellten Briefette ihre Gültigkeit. Der dafür bezahlte Betrag wird gegen Rückgabe des Briefetts zurückverlangt. Die Händler dürfen nur auf Karten Briefette ausgeben, sie haben die Kundenliste genau zu führen und müssen auch Briefette an solche Personen abgeben, die ihnen von der Kohlenstelle zugewiesen werden. Die Händler müssen jeden Montag der Kohlenstelle anzeigen, wer in der vergangenen Woche beliefert ist. Wer aber Braunkohlen, Jagen-, Förder- oder Anorpekohle, mit verbrauchen will, kann diese bis auf weiteres noch ohne Beschränkung von der Grube selbst holen. Hierzu ist jedoch ein Besuchschein nötig, den die Kohlenstelle ausstellt und für den pro Zentner 5 Pfg. bezahlt werden müssen.

Schönebeck, 5. Oktober. (In der Kartellstiftung) am Montag waren die Arbeiterauschussmitglieder der Fabriken zahlreich erschienen. Kollege Ladebeck schloß die Sitzung der durchgehenden Arbeitsschicht, die aber eine Verjorgung der Arbeitszeit erfordert, da die Ernährung eine durchgehende Arbeitszeit von 10 Stunden nicht zuläßt. Auch der Verdienst der Arbeiter darf nicht geringer werden. Die Diskussion war eine sehr rege. Daraus war zu erkennen, daß die Verhältnisse in den Fabriken verschieden sind, daß eine Einheitlichkeit schwer zu erzielen sein wird. Auf der „Germania“ gibt es Arbeiter, die noch 12 bis 14 Stunden täglich arbeiten; auch 24stündige Schichten gibt es dort noch. Das sind unhaltbare Zustände. Die meisten Arbeiter sprachen sich für eine 8stündige Arbeitszeit aus, die sich aber nur durchführen läßt, wenn die Löhne entsprechend aufgebessert würden. Eine durchgehende Arbeitszeit mit den jetzigen täglichen Arbeitsstunden ist nach Ansicht aller Redner undurchführbar. Der Kartellvorstand wurde beauftragt, mit dem Arbeitgeberverband zu verhandeln. Kollege Ladebeck gab dann noch Aufklärung über die Kohlenverjorgung und Lebensmittelverteilung.

(Marmelade) wird in den nächsten Tagen 1/4 Pfund pro Person verabfolgt. Auf Marmeladeverjorgungskarte wird außerdem 1/4 Pfund pro Nummer ausgegeben. Zucker auf Lebensmittelkarte kann erst in der nächsten Woche verabfolgt werden. Zwieback und Gebäck gibt es in den nächsten Tagen in den Schokoladengeschäften.

(Zuckermarken.) Wer im November Zucker beziehen will, muß spätestens bis zum 9. d. M. seine Marken in irgendeinem Geschäft abgegeben haben. Vom 1. November an gibt es pro Kopf wieder 1/4 Pfund den Monat. Daß diese Zuckerverteilung besser klappt, wollen wir wünschen. Die Kundenliste kommt hier nicht in Frage. Es hat dabei wieder Geschäftsleute gegeben, die auf die Käufer einen Druck auszuüben versuchten, um recht viele Zuckerhunden zu erhalten.

(Die Kartoffelkundenlisten) müssen neu aufgestellt werden; diesmal kann sich jeder selbst in dem Geschäft eintragen lassen, in dem er gegenwärtig im Winter seine Kartoffeln zu beziehen. Wer bis zum 10. d. M. sich nicht hat eintragen lassen, erhält keine Kartoffeln. Kriegervräuen, die sich Kartoffeln einstellen wollen und dazu eines Zuschusses bedürfen, müssen sich bis zum 13. Oktober im Stadtbau, Zimmer 5, melden, um eine Anweisung zu erhalten. Es gibt aber Landwirte, die solche von der Stadt ausgehenden Anweisungen nicht annehmen, wodurch dann die Kriegervräuen in eine Notlage versetzt werden. Diese Landwirte handeln unvernünftig. Denn nach Einreichung einer Rechnung bei der Stadt werden sie sofort ihr Geld erhalten. Woher warum solche Unbilligkeit? Solche Landwirte, die sich auf Hof mehr als 5,50 Mark für den Zentner Kartoffeln bezahlen lassen, sollten sofort zur Anzeige gebracht werden. Die Einwohner, die in der Lage sind, sich Kartoffeln einzustellen, sollten das jetzt tun, damit von der Stadt nicht allzuviel eingelagert zu werden brauchen.

Wahlkreis Stendal-Ostereburg.

Stendal, 5. Oktober. (Magermilch.) Häßer wurden drei Kopf und Fische auf Lebensmittelkarte 1/2 Liter Magermilch verabfolgt. Da aber die Unruhe bei den Häßern eine größere ist, und viele Personen ihr Teil nicht abnehmen, so darf 1/2 Liter abgegeben werden.

(Erhöhung der Milch- und Butterpreise.) Diese Woche tritt die Erhöhung der Preise für Milch und Butter im Kleinhandel in Kraft. Die Erhöhung der Preise ist eine Folge der kürzlich erneut festgesetzten Erzeugerhöchstpreise.

(Kartoffelpreis.) Die beiden Zeitungen am Orie bringen folgende Notiz: „Der Preis für 1 Pfund Kartoffeln beträgt bei Kauf von mindestens 1 Zentner auf Bezugschein bei einem hiesigen Händler 74 Pfg., der Zentner 7,25 Mark.“ Da der Höchstpreis für den Zentner 6 Mark beträgt, wäre der angegebene Preis viel zu hoch.

(Zug-Entgleisung.) Der von Arendsee kommende Zugszug in der Nähe des Bahnhofs Reutlingen entgleist. Die Maschine mit zwei Wagen sind aus dem Gleise gesprungen. Fahrgäste sind nicht verletzt. Die Ursache der Entgleisung konnte noch nicht festgestellt werden.

Wahlkreis Saigwedel-Gardelegen.

Gardelegen, 5. Oktober. (Fleischverkauf) am dem städtischen Schlachthof am 6. Oktober von 8 bis 9 Uhr für die Nummern 1501—1500, von 9 bis 10 1501—2100, von 10 bis 11 2101—2400, von 11 bis 12 2401—2500, von 12 bis 13 1—150, von 13 bis 14 151—400, von 14 bis 15 401—700, von 15 bis 16 701—1000, von 16 bis 17 1001—1300, von 17 bis 18 1301—1500.

(Zuckerarten.) Vom 5. d. M. an werden in der Lebensmittelkarten-Ausgabestelle die neuen Zuckerarten für den Monat November verabfolgt, die bis zum 7. d. M. abgeholt sein müssen. Den Karten hängt ein Abschnitt an, der als Bestellabschnitt gilt und von jedem Karteninhaber abgerufen und ohne die eigentliche Zuckerkarte sofort bei dem Kaufmann abgegeben werden muß, von dem man den Zucker beziehen will.

(Zigeuner als Bahriagerinnen.) Zigeunerinnen gaben in Riehe eine Gastrolle, und zwar die Händlerinnen Agnes Winter und Katharine Laubinger, die ohne einen Landesgewerbeschein mit Spigen handelten. In der Wohnung einer Frau gab sich eine als Bahriagerin aus, als welche sie auch Personen von Krankheiten befreien konnte. Die Frau ließ sich auch waschen, zu welchem Zwecke sie das in ihrer Wohnung befindliche Geld herbeiholen mußte. Für das Bahriagen ließ sich die Zigeunerin 6 Mark geben. Als sie sich entfernte, entdeckte man, daß von dem übrigen Gelde ein Hundstreichschein fehlte. Einen ähnlichen Diebstahl vollzogen die zweite Angeklagte bei einer anderen Frau; dieser entwendete sie zwei Hundstreichscheine. Das Urteil des Landgerichts lautete gegen die Winter auf 6 Wochen 3 Tage Gefängnis, gegen die Laubinger auf 2 Wochen Gefängnis und 12 Tage Haft.

Saigwedel, 5. Oktober. (Eisenbahndiebstähle.) Die Klagen über Veranlassungen von Bahnsendungen werden in letzter Zeit

häufiger. So wurden dem Kaufmann S. aus einer Sendung von 25 Flaschen 11 Stück entwendet. Aus einer Zigarettensendung waren 100 Zigaretten verschwunden, der leere Karton jedoch fein sauberlich wieder mit eingepackt. Von einer Zigarettensendung fehlten in jeder Kiste circa 10 bis 12 Zigaretten. Eine erwartete Brief-Sendung wurde vollständig gestohlen. Mit welcher Raffinerie die Diebe arbeiteten, beweisen die Verpackungskisten, die keinerlei Spur von einem Aufbruch zeigten.

Sport und Spiele.

Benedekend. Am Sonntag den 30. September fanden auf dem Spielplatz der Freien Turner die Anfangsspiele in Rastball und dem Bezirksmeisterschaft statt. Es spielten in der 1. Klasse Budau und Benedekend 2:3, Benedekend und Groß-Ottersleben 10:2, Budau und Groß-Ottersleben 10:2. In der Jugendklasse wurden die Spiele erledigt. Hier konnte Benedekend (erste Mannschaft) die Meisterschaft für sich buchen.

Am Sonntag den 7. Oktober, nachmittags von 2 Uhr an, finden die Schlußspiele in Rastball auf dem Spielplatz der Freien Turner statt. Am Spielen sind beteiligt Schönebeck, Neuhaldensleben, Diesdorf, Benedekend und Groß-Ottersleben.

Kleine Chronik.

Um einen Apfel.

Auf dem Inhaber Güterbahnhof in Berlin sollte eine Apfelsendung entladen werden. Hierbei trock ein 15jähriger Arbeiterbursche unter den Wagen, um einen Apfel zu erhalten. In diesem Augenblick zog die Maschine nochmals an und die Räder germalten den jungen Mann.

Weinläufer als Strandgut.

Aus Gufum wird geschrieben: Wertvolles Strandgut, das wahrscheinlich aus den Labungen in der Nordsee durch unsere U-Boote verjorkter Schiffe stammt, treiben die früh einsetzenden Herbststürme andauernd an unsere Nordküste. Nach Gufum brachten ein Fischer und ein Führer Schiffer dieser Tage je ein großes, mindestens 1500 Pfund schweres Faß Wein, das sie mit großer Mühe auf ihrer Fahrt durchs Wattenmeer aufgefunden hatten. Möglicherweise handelt es sich um denselben allerbesten algerischen Wein, von dem dieser Tage sechs Faß mit je 600 Litern bei Dagebüll und weitere Faß auf Föhr, Amrum und Hallig Langeneß antrieben. Ferner ist auf Hallig Oland ein großes Faß feinstes Speiseöl angetrieben, und eine ganze Reihe solcher Faß soll auf Sylt geborgen sein. Jedes Faß Wein dürfte unter den heutigen Verhältnissen mehrere tausend Mark kosten und die Berger — auf Föhr ist es ein eben konfirmierter Junge — werden einen bedeutenden Betrag erhalten.

Die lästige, sehr überflüssige Fremde.

In Budapest werden seit einiger Zeit im Interesse der Ernährung der einheimischen Bevölkerung die überflüssigen Fremden, das sind solche Ausländer, die sich ohne Beschäftigung in Budapest aufhalten, ausgewiesen. Ungarische Mäher ergäben nun folgendes heiteres Gesprächchen: Kommt da eines Tages ein elegant gekleideter Herr zu dem Leiter der Abteilung für Fremdenkontrolle, Polizeirat Szekely, und sagt zu diesem: „Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine lästige, sehr überflüssige Fremde lenken, Frau M. S. rüben, die seit mehreren Monaten in Budapest weilt, ohne Erwerb und Beschäftigung zu tun und nur dem Vergnügen lebt. Ich bitte sie auszuweisen.“ Der Polizeirat läßt die polizeiliche Anordnung holen und sagt dann erkrankt: „Aber die Dame ist ja in ihrem Hause von Ihnen selbst angemeldet!“ „Gewiß“, erwidert der Herr, „Frau M. S. ist nämlich meine Schwiegermutter, und ich kann sie nicht los werden.“ Der Polizeirat mußte mit Bedauern den Antrag des zärtlichen Schwiegerjohns ablehnen, da Frau M. S. ungarische Staatsbürgerin ist, und um keine letzte Hoffnung betrogen, verließ der Herr das Polizeipräsidium.

Bereins-Kalender.

Zentral-Wagenbauer-Krankenkasse, Filiale Magdeburg. Jeden Sonnabend zahlend bei Popien, Berliner Straße 14. 685
Schwimmverein Elbe. Versammlung Sonnabend abend 8 1/2 Uhr. Diesdorf. Männer-Turnverein. Sonntag den 7. Oktober, abend 7 Uhr, Versammlung bei Pisch. 696
Groß-Ottersleben. Männer-Turnverein Jahr. Sonnabend den 6. d. M., abend 8 Uhr, Versammlung bei der Witwe Strumpf. 677
Neuhaldensleben. Gewerkschaftskartell. Sonntag den 7. Oktober, nachmittags 4 Uhr, findet bei Herzog eine Kartellstiftung statt. 686

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.		Stufe Fuß	
Elbe.			
Düben	4. Okt. — 0,91	5. Okt. — 0,08	0,02
Saale.			
Gröblich	4. Okt. — 0,54	5. Okt. — 0,58	0,01
Erzth.	+ 1,24	+ 1,28	0,02
Bernburg Unt.	+ 0,24	+ 0,22	0,02
Kalbe Oberpegel.	+ 1,34	+ 1,31	0,03
Kalbe Unterpegel.	— 0,25	— 0,29	0,03
Grizehne	— 0,13	— 0,14	0,01
Elbe.			
Paruditz	3. Okt. — 0,78	4. Okt. — 0,78	0,03
Brandis	— 0,89	— 0,89	—
Reinitz	+ 0,80	+ 0,28	0,04
Leimertich	4.	5.	—
Amsteg	—	—	—
Preeden	— 2,05	— 2,00	0,05
Sorgau	— 0,88	— 0,84	0,01
Wittenberg	+ 0,84	+ 0,72	0,12
Hörsau	+ 0,08	+ 0,08	—
Afen	+ 0,10	+ 0,07	0,03
Barby	+ 0,13	+ 0,15	0,08
Magdeburg	+ 0,28	+ 0,24	0,04
Zangermünde	+ 0,57	+ 0,58	0,01
Wittenberge	+ 0,22	+ 0,24	0,02
Seyen	+ 0,22	+ 0,22	—
Dömitz	— 0,85	— 0,87	0,01
Barthau	— 0,31	— 0,31	—
Boizenburg	— 0,35	— 0,35	—
Gohlstorf	4.	5.	0,02

Wettervorhersage.

Sonnabend, 6. Oktober: Veränderlich, kühl, vereinzelt noch Regenschauer.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 4. Oktober. Todesfälle: Schneider Friedrich Katschke, 72 J. 6 M. 26 T. Witwe Luise Meyer geb. Müller, 70 J. 25 T. Schumann Gustav Ewald, 55 J. 11 M. 9 T. Witwe Anna Bährndt geb. Holzmann, 40 J. 1 M. 14 T. Maschinenarbeiter Wilhelm Riemann, 25 J. 9 M. 3 T.
Eudenburg, 3. Oktober. Todesfälle: Arbeiter Adolf Joffelholz, 47 J. 5 T. Werner, E. des Arbeiters (Soldat) Friedrich Victor, 4 M. 2 T. Ledige Verkäuferin Gerwig Rilian, 20 J. 22 T. Anna geb. Giltje, Ehefrau des Bahnarbeiters Friedrich Herrmann, 45 J. 1 M. 5 T. Klara geb. Schindler, Ehefrau des Drechlers Friedrich Paul, 48 J. 9 M. 3 T. Witwe Klara Abbe geb. Kneuper, 78 J. 6 M. 8 T.

Briefkasten.

Alter Abonnent in Subenburg. Die beiden bedeuten: 1. Geringe körperliche Fehler, die die Fähigkeiten zum Dienste mit der Waffe nicht ausschließen. 2. Fehler und Gebrechen an Hals und Hüfte. —
Landsturmmann W. K. Geld ist angekommen. —
Jahres E. Sch. Urlaub soll, soweit es die militärischen Interessen zulassen, innerhalb eines Jahres einmal bewilligt werden. Eine besondere Vergünstigung ist das nicht. —
Jahres W. S. Ein Anspruch auf sogenanntes Zurückgeld, als Entschädigung für Dienstleistungen für Offiziere, besteht nicht. Es handelt sich dabei immer nur um eine freiwillige Entschädigung. 1. Ja. 2. Nein. —

Jean B. Mingsdorf. Die Unterstützung muß fallamantlich im Voraus bezahlt und kann den Kriegervätern nicht entzogen werden. Weiden Sie sich mit einer Beschwerde an den Landrat. —
Kochfeld. 1. Reklamieren müssen Steuern bezahlen. 2. Wieviel Butter gegeben wird, richtet sich nach der zur Verfügung stehenden Menge. Eine Kerze ist in diesem Falle uners Wiffens nicht festgesetzt. Es kann auch Margarine gegeben werden. —
N. S. Unteroffiziere, die ihre Charge 3 1/2 Jahre bekleiden, stehen die Gebühren einer Sergeanten zu. Eine Bestimmung, daß Unteroffiziere innerhalb einer festgesetzten Zeit zum Sergeanten befördert werden müssen, gibt es nicht. —
Geleitler A. Die monatliche Familienunterstützung beträgt für die Frau 20 Mark, für jedes noch nicht 15 Jahre alte Kind 10 Mark. Die Stadt- und Landgemeinden sollen für ausreichende Unterstützung der Kriegervätern sorgen und Zuschüsse zahlen.

Alter Abonnent N. W. Zu den Schiffsoffizieren der Gabelsmarine gehören diejenigen zur Unterstützung des Kapitäns in der Schiffsführung bestimmten Angehörigen, die eines besonderen Befähigungsnachweises bedürfen; sie gelten den Schiffsmannschaften gegenüber als Vorgesetzte. —
Wehrmann A. S. Geld erhalten. —
Scheidemann-Gröberger. Die Neben haben wir in der Sonntagnummer im Leitartikel im Auszug gebracht und besprochen; sie ausführlich wiedergeben, ist nicht immer möglich. —
G. K. Kalle. Fordern Sie vom Bataillon Ihres Sohnes die Zusendung des Ausweises über die seinen Hinterbliebenen zuzuführenden Grabschuldbeiträge. Diesen Ausweis beantragen Sie zur Stellung des Antrags bei der stellvertretenden Intendantur des 4. Armeekorps auf Gewährung des Witwen- und Waisen-geldes. —

Kammer-Lichtspiele.



Der tanzende Tor

Das Meisterwerk Psilanders!

Ein unvergeßliches Filmwerk.

Müller-Liparts belichtet

Fürstenhof-Theater

Eintrittspreise: 1.00, 0.50, 0.25

Die Adoptiv-tochter.

Heute Freitag

Stephanshallen

Dirigiert: **Rich. Froberg**

Glücksstern-Ensemble

Heute Freitag

ZENTRAL THEATER

Wochentags 6 1/2

Sonntags 3 1/2 und 6 1/2

Die Rose von Stambul.

Öffentl. Rundgebung

Sonntag den 7. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr, im Stadttheater zu Magdeburg

Programm:

- Kaisermarsch von Richard Wagner
- Kaiserhymne von Wild
- Vortrag: „Deutsche Kulturarbeit im fernem Osten“
- Judiths Siegeslied von Van Eyken
- Lieder am Klavier
- Deutsches Flaggenlied von K. Lindner

Gemeinsamer Schlußgesang

Eintritt 30 Pfg.

Wilhelm-Theater.

Heute Freitag

Die tolle Komteß.

Wald-Theater

Heute Samstag 7 1/2 Uhr

Ihre Familie

Stadt-Theater.

Heute Freitag

Web' dem, der lügt.

Arbeitsmarkt.

Einige ältere Frauen

E. C. Helle

Aufwärtung

für ca. 8 Stunden

Ein Rutscher

Dankfagung.

Ihre die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes sage ich allen meinen herzlichsten Dank.

Witwe Marie Richardt.

Sehbelabfall und Stumpfen

Männerschnitthaar

E. Liebenow, Magdeburg, Sternstr. 29.

Hand- u. Maschinennäherinnen für Militärarbeit

H. Esders & Co., Breiteweg

Kräfteige männliche Arbeitsträfte

Arbeiterausgleichsstelle

Städtischer Licht- und Kraftwerke

2. G. Staßfurt.

Bekanntmachung.

Reisebureau

50 Nieter, Montage-schlosser, Arbeiter

Breest & Co., Berlin

Kranführer

Gebr. Koch

Hermine Brennecke

geb. Schulte

im 69. Lebensjahre.

Café Kerkau

Elite-Salon-Musik

Maurer, Bau- und Erdarbeiter gesucht.

Maurer und Bauarbeiter gesucht.

Südtige Arbeiter und einen Hauschmied

Südtiger Hauschmied

Todesanzeige.

Emma Lübbe

im blühenden Alter von 25 Jahren.

Palast-Theater Burg.

Das Gerücht

Les vom Mann!

Zentrifugenarbeiter und Sachträger

Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter

Hanack & Ludwig

Zeugen gesucht.

Kleine Möbelfahren

Wilhelm Niemann

geb. Schmidt

im 69. Lebensjahre.

Kesselschmiede u. Preßluftnieter

Monteur Heide

Curken

Seufgurten

Kasino-Theater